

## Sicherheitspolitische Probleme der Ukraine

Malek, Martin

Veröffentlichungsversion / Published Version

Forschungsbericht / research report

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP)

### Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Malek, M. (2002). *Sicherheitspolitische Probleme der Ukraine*. (SWP-Studie, S 25). Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik -SWP- Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-261726>

### Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

### Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

## **SWP-Studie**

Stiftung Wissenschaft und Politik  
Deutsches Institut für Internationale  
Politik und Sicherheit

*Martin Malek*

# Sicherheitspolitische Probleme der Ukraine

S 25  
Juli 2002  
Berlin

**Nachweis in öffentlich  
zugänglichen Datenbanken  
nicht gestattet.**

Abdruck oder vergleichbare  
Verwendung von Arbeiten  
der Stiftung Wissenschaft  
und Politik ist auch in Aus-  
zügen nur mit vorheriger  
schriftlicher Genehmigung  
gestattet.

© Stiftung Wissenschaft und  
Politik, 2002

**SWP**

Stiftung Wissenschaft und  
Politik  
Deutsches Institut für  
Internationale Politik und  
Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3-4  
10719 Berlin  
Telefon +49 30 880 07-0  
Fax +49 30 880 07-100  
[www.swp-berlin.org](http://www.swp-berlin.org)  
[swp@swp-berlin.org](mailto:swp@swp-berlin.org)

# Inhalt

<b>Problemstellung und Empfehlungen</b>	5
<b>Die innere Inhomogenität der Ukraine als sicherheitspolitische Herausforderung</b>	7
<b>Aktuelle Entwicklungen der Streitkräftereform</b>	9
<b>Ökonomische Sicherheit</b>	12
Wirtschaftliche Erholung	12
Erdgas-Politik	12
Die Geopolitik des Pipelinebaus	13
Vordringen russischen Kapitals	13
<b>Rüstungsindustrie</b>	15
<b>Rüstungsexport</b>	17
<b>Rußland als Faktor der ukrainischen Sicherheitspolitik</b>	20
Die Krim	21
Sewastopol	22
Die Schwarzmeerflotte	23
<b>Fragen der Sicherung der Staatsgrenze</b>	24
<b>Die Ukraine und die GUS</b>	26
<b>Die Ukraine und die GUUAM</b>	27
<b>Sicherheitspolitische Aspekte der Beziehungen zwischen der Ukraine und der EU</b>	29
<b>Die Ukraine und die NATO</b>	32
Die »Partnerschaft für den Frieden« (Pff)	32
Die »Charta über eine besondere Partnerschaft«	33
Sonstige Aspekte der Zusammenarbeit	33
Öffentliche Meinung	33
Beitrittsperspektiven?	34
<b>Peacekeeping</b>	36
<b>Die Ukraine und der 11. September 2001</b>	37
<b>Fazit und Ausblick</b>	38
<b>Abkürzungen</b>	39

*Karte: Militärische Territorialgliederung der Ukraine* 10

Dr. phil. Martin Malek  
wissenschaftlicher Mitarbeiter des Instituts für  
Friedenssicherung und Konfliktmanagement der  
Landesverteidigungsakademie, Wien

### Sicherheitspolitische Probleme der Ukraine

Die Ukraine steht auch über ein Jahrzehnt nach dem Zerfall der UdSSR Ende 1991 an der Peripherie der Wahrnehmung der west- und mitteleuropäischen Öffentlichkeit. Wenn überhaupt, ist sie in den westlichen Medien meist lediglich in Zusammenhang mit dem (Ende des Jahres 2000 geschlossenen) Atomkraftwerk Tschernobyl sowie mit Armut, Kriminalität und Korruption präsent. Das wird aber der Bedeutung der Ukraine als eines Schlüsselfaktors für Stabilität und Sicherheit in ganz Europa offensichtlich nicht gerecht.

Vorliegender Bericht setzt sich das Ziel, einen Überblick über ausgewählte aktuelle Aspekte der Sicherheitspolitik der Ukraine zu geben. Dabei werden (natürlich nicht voneinander zu trennende) »innere« und »äußere« Faktoren behandelt. Rückgriffe auf die Zeit, in der die Ukraine ihre Souveränität erlangte (1990/91), sind unumgänglich. Andernfalls wären jene Probleme kaum angemessen zu veranschaulichen, die ihre Ursache in den Rahmenbedingungen der Erreichung der Unabhängigkeit haben. Das betrifft in erster Linie die Teilung des Landes in einen »nationalistischen« Westen und einen »prorussischen« Osten und Süden.

Die innere Inhomogenität der Ukraine steht auch deswegen am Anfang dieser Arbeit, weil Moskau versucht, sie sich zunutze zu machen. In Rußland, das noch lange ein erstrangiger Faktor für die Außen-, Sicherheits- und Militärpolitik der Ukraine bleiben wird, hat man sich nämlich mehrheitlich nicht mit einer definitiven Trennung vom ukrainischen »Brudervolk« abgefunden: Moskau versucht nach wie vor, die Ukraine bilateral wie auch im Rahmen der GUS politisch, militärisch, wirtschaftlich, kulturell und medienpolitisch so eng wie möglich an sich zu binden.

Das wichtigste Ergebnis der Untersuchung ist eindeutig: Soll die Ukraine in die Lage versetzt werden, ihre offiziell verkündete »europäische Wahl« – das heißt Annäherung an die EU mit dem längerfristigen Ziel des Beitritts – zu realisieren, bedarf es der Ermutigung und effektiven Unterstützung von außen. Die EU sollte Kiew eine »europäische Perspektive« geben, um die nach Europa orientierten Kräfte zu stärken. Alleine ist die Ukraine möglicherweise nicht in der Lage, dem Sog Rußlands zu widerstehen.

An konkreten Maßnahmen bieten sich im sicherheitspolitischen Kontext an:

- ▶ Unterstützung der Bemühungen der Ukraine um Annäherung an *westliche Organisationen* zur Integration von Sicherheit und Wirtschaft, Eröffnung einer Aussicht auf EU-Beitritt. Die Ukraine sollte (unter Verzicht auf herablassende oder besserwisserische Attitüden) ermuntert und unterstützt werden, EU-Normen in ihr Rechtssystem aufzunehmen und zu implementieren.
- ▶ *Finanzielle Mittel* sollten der Ukraine nach Möglichkeit nur projektbezogen und mit begleitenden Kontrollen zur Verfügung gestellt werden. »Ungebundene« Unterstützungen werden erfahrungsgemäß mitunter nicht immer für die vorgesehenen Zwecke verwendet.
- ▶ Förderungswürdig sind insbesondere Initiativen zur Verbesserung der sozialen Lage der ukrainischen *Militärangehörigen* (z.B. Wohnungsbau).
- ▶ Es bietet sich an, bei internationalen Konferenzen (z.B. NATO-Ukraine) weniger allgemeine sicherheitspolitische Fragestellungen zu behandeln (was beschränkte konkrete Effekte hat) als über Jahrzehnte hinweg bewährte westeuropäische – und konkret deutsche – Konzepte zur *Integration des Militärs in die zivile Gesellschaft*, wie Innere Führung und Staatsbürger in Uniform, vorzustellen. Zudem könnten dabei Wege zur Bekämpfung der »didowschtschina« (Schikanierung neu eingezogener Wehrpflichtiger durch Dienstältere) gesucht werden.
- ▶ Förderung des *Austausches von westlichen und ukrainischen Militärangehörigen* zwecks Besuches von Kursen, Sprachausbildung, Erholungseinrichtungen usw.
- ▶ Unterstützung berechtigter Anliegen der Ukraine wie Festlegung (Delimitation) und Demarkation der gesamten *Grenze* (d.h. auch gegenüber Rußland) durch die EU.
- ▶ Förderung einer Zusammenarbeit zwischen den *Rüstungsindustrien* westlicher Länder und der Ukraine (etwa auch im Rahmen einer denkbaren europäischen Raketenabwehr).
- ▶ Mehr Interesse der NATO an der *GUUAM*, deren Führungsmacht die Ukraine ist.

## Die innere Inhomogenität der Ukraine als sicherheitspolitische Herausforderung

Zu den Kennzeichen einer eigenen Nation gehören vor allem gemeinsame Geschichte, Kultur, Sprache und Herkunft, historisch gewachsene gesellschaftliche Eliten und eine einheitliche Konfession. Die meisten dieser Faktoren sind in der Ukraine nur in Ansätzen vorhanden beziehungsweise relativ schwach ausgeprägt, so daß man auch an der Wende vom 20. zum 21. Jahrhundert – wenn überhaupt – nur mit großen Vorbehalten von »der« ukrainischen Nation sprechen kann. Man hat diesem Phänomen begrifflich auf unterschiedliche Weise gerecht zu werden versucht. So war von einer »Quasi-Nation« in der Ukraine,<sup>1</sup> »zwei Nationen«,<sup>2</sup> »two Ukraines«<sup>3</sup> oder einer »doppelten ukrainisch-russischen kulturellen Identität« die Rede. Für viele der Bürger vor allem im Süden und Osten des Landes hat die Emanzipation von Rußland keine Priorität.<sup>4</sup>

Die Bevölkerungsteile im Westen einerseits und im (erheblich dichter bevölkerten) Osten und Süden der Ukraine andererseits unterscheiden sich hinsichtlich des geschichtlichen Hintergrundes, der Mentalität, des »kollektiven Gedächtnisses«, der bevorzugten Sprache sowie der kulturellen und religiösen Traditionen erheblich, was natürlich politische und ideologische Auswirkungen zeitigt. Sie schlagen sich in Wahlergebnissen und Meinungsumfragen bereits über ein Jahrzehnt lang nieder. Im ethnisch russischen beziehungsweise stark russifizierten Osten und Süden der Ukraine sind Anlehnung an Rußland (und Belarus), Kollektivismus sowie autoritäre Regierungs- und Verwaltungsmethoden populärer als im landesweiten Durchschnitt, während sich – komplementär dazu – Privateigentum, Marktwirtschaft und Demokratie signifikant geringerer Beliebtheit erfreuen. Im natio-

naldemokratisch bis nationalistisch geprägten Westen sind die Prioritäten genau umgekehrt. Dementsprechend differieren auch die Reaktionen auf sprachpolitische Streitpunkte sowie politische und wirtschaftliche Reformen und die Festlegung der außen- und sicherheitspolitischen Prioritäten durch die Führung in Kiew in Abhängigkeit von der Region. Daraus ergeben sich bereits gewisse Spannungen zwischen den verschiedenen Landesteilen.

Weitere Probleme resultierten aus den Bedingungen, unter denen sich das Land Ende 1991 von der UdSSR löste. Damals war nämlich ein »historischer Kompromiß« zwischen sehr heterogenen Gruppen – der von der Intelligenz geführten ukrainischen Nationalbewegung, der keineswegs nationalistischen Bergarbeiterbewegung und einer (vom langjährigen KPdSU-Spitzenfunktionär Leonid Krawtschuk angeführten) zu »Nationalkommunisten« mutierten Gruppe der alten Sowjetelite – zustande gekommen, der die Unabhängigkeit erst ermöglichte. Die überwältigende Unterstützung der Unabhängigkeit beim Referendum am 1. Dezember 1991 (90% Ja-Stimmen) ist ohne die ökonomischen Interessen und Erwartungen auch mehr oder weniger antinationalistischer Interessengruppen nicht zu verstehen: Meinungsumfragen und Analysen der innenpolitischen und sozioökonomischen Entwicklung der Ukraine lassen keinen Zweifel daran, daß breite Bevölkerungsschichten mit der Unabhängigkeit die Erwartung beziehungsweise Hoffnung verbanden, materiell sehr rasch besser zu leben als in der UdSSR. Faktoren wie eine nationale Wiedergeburt der Ukrainer, ihrer Kultur und Sprache sowie eine demonstrative, nationalistisch motivierte Abgrenzung von Rußland spielten dagegen nur eine untergeordnete Rolle. Als sich die wirtschaftliche Situation drastisch verschlechterte, zerbrach der Konsens von Ende 1991. Vor allem, aber nicht nur in den russifizierten Landesteilen im Süden und Osten verbreiteten oder verstärkten sich Sowjetnostalgie und Skepsis gegenüber dem »Projekt Unabhängigkeit«.<sup>5</sup> Das führte

<sup>5</sup> Vgl. zu dieser Problematik die überzeugende Untersuchung von Andreas Wittkowsky, *Fünf Jahre ohne Plan: Die Ukraine 1991–96. Nationalstaatsbildung, Wirtschaft und Eliten*, Hamburg 1998, v.a. S. 1–55.

<sup>1</sup> Taras Kuzio, *The Domestic Sources of Ukrainian Security Policy*, in: *The Journal of Strategic Studies*, 21 (1998) 4, S. 19.

<sup>2</sup> Vgl. dazu Anatolij Pavlenko/Martin Malek, *Zu den Beziehungen zwischen der Ukraine und Rußland – Überlegungen aus ukrainischer Sicht*, in: Erich Reiter (Hg.), *Krisengebiete in Europa*, Hamburg/Berlin/Bonn 2001, S. 209ff.

<sup>3</sup> Vgl. Graham Smith/Vivien Law/Andrew Wilson u.a., *Nation-building in the Post-Soviet Borderlands. The Politics of National Identities*, Cambridge 1998, S. 131–135.

<sup>4</sup> Andreas Kappeler, *Kleine Geschichte der Ukraine*, München 1994, S. 256.



dann zu den überzeugenden Siegen der KPU bei den Parlamentswahlen 1994 und 1998. Bei Umfragen erfreuen sich die kommunistische Ideologie und das Sowjetsystem im landesweiten Durchschnitt anhaltend großer Beliebtheit. Demgegenüber sind nationaldemokratische oder gar nationalistische Strömungen weit abgeschlagen.

Die Linksparteien haben eine mehr oder weniger weit gehende Annäherung an Rußland beziehungsweise die GUS auf ihre Fahnen geschrieben. So tritt die KPU, die am besten organisierte politische Kraft des Landes, in ihrem gültigen Programm vom 12. März 1995 für den Eintritt der Ukraine in eine künftige »Union gleichberechtigter brüderlicher Völker als einer freiwilligen Vereinigung souveräner sozialistischer Staaten«<sup>6</sup> ein. Das kommt offenkundig einer Absage an die Unabhängigkeit gleich. Allerdings verbietet die Verfassung der Ukraine von 1996 (deren Verabschiedung die KPU im Parlament, der Obersten Rada, zu verhindern versucht hatte) »Gründung und Tätigkeit von politischen Parteien und gesellschaftlichen Organisationen, deren programmatische Ziele oder Tätigkeiten auf die Liquidierung der Unabhängigkeit der Ukraine ... gerichtet« sind (Art. 37), und auch das Wahlgesetz vom 5. April 2001 untersagt die Tätigkeit von politischen Parteien, welche sich die Liquidierung der Unabhängigkeit der Ukraine, eine Verletzung ihrer Souveränität und territorialen Integrität oder eine Untergrabung der Staatssicherheit zum Ziel setzen (Art. 5, Abs. 1, 3 und 4).

<sup>6</sup> Vgl. das Programm der KPU, in: Hryhorij *Andruščak*/Jurij *Marčenko*/Oleksandr *Telemko* (Zusammenstellung), *Polityčni Partiji Ukrajinj* [Die politischen Parteien der Ukraine], Kyjiv 1998, S. 85.

## Aktuelle Entwicklungen der Streitkräftereform

Seit Ende 1991 geht die Mannschaftsstärke der Streitkräfte der Ukraine zurück, und auch konventionelle Waffen und andere Rüstungsgüter werden abgebaut. Zu berücksichtigen waren nicht nur politische Vorgaben und wirtschaftliche Zwänge, sondern auch internationale Rahmenbedingungen, so der Vertrag von Taschkent (1992), der die Quoten der früheren UdSSR aus dem Vertrag über konventionelle Streitkräfte in Europa von 1990 auf die europäischen Nachbarstaaten der UdSSR, darunter die Ukraine, aufgeteilt hatte. Die Reformen erstreckten sich auf sämtliche Bereiche der Militärorganisation. Zu den wichtigsten Maßnahmen gehörte die Auflösung der drei sowjetischen Militärbezirke auf ukrainischem Territorium (Kiew, Odessa, Vorkarpaten) und ihre Umwandlung in drei operative Kommandobereiche.

Ende 1996 war die erste Phase des Aufbaus der Streitkräfte beendet. Die zweite Phase, die bis zum Jahr 2000 dauerte, leitete ein Erlaß von Präsident Leonid Kutschma am 20. Januar 1997 ein, das »Staatliche Programm für Aufbau und Entwicklung der Streitkräfte der Ukraine«. Es sollte der allmählichen Realisierung der Hauptgrundsätze der »Konzeption des Aufbaus und der Entwicklung der Streitkräfte der Ukraine« dienen, konnte aber nicht zur Gänze implementiert werden. Gegen Ende 1999 wurde das Programm angesichts der veränderten militärpolitischen und sozioökonomischen Lage der Ukraine konkretisiert. Es wurde als »Staatliches Programm für Reformierung und Entwicklung der Streitkräfte der Ukraine bis zum Jahr 2005« von Kutschma am 28. Juli 2000 per Erlaß bestätigt. Damit konnte Anfang 2001 die dritte Stufe der Entwicklung der ukrainischen Streitkräfte beginnen.

Ziel des Programms ist der Aufbau moderner Streitkräfte, die hinsichtlich zahlenmäßiger Stärke, Mobilität, Bewaffnung und Ausbildungsstand für die Zwecke der Ukraine ausreichend und dabei wirtschaftlich tragbar sind. Das Dokument enthält eine genaue Prognose der militärpolitischen und militärstrategischen Lage an den Grenzen und in der Welt. Daraus wird der Schluß gezogen, daß eine großmaßstäbliche Gewaltanwendung gegen die Ukraine in der nächsten Zukunft wenig wahrscheinlich ist. Allerdings wollte man nicht ausschließen, daß an einigen Abschnitten

der Grenze lokale Konflikte entstehen (hier käme etwa das separatistische Dnjestr-Gebiet in Moldowa in Frage) oder daß die Ukraine in regionale Konflikte hineingezogen wird. Daher wurde im Staatlichen Programm die ursprünglich offiziell postulierte »Verteidigung nach allen Seiten« aufgegeben und statt dessen eine Konzentration der Kräfte zur Abwehr einer möglichen Aggression aus bestimmten operativen Richtungen festgelegt.

Die Ukraine besitzt mit Landheer, Luftwaffe, Luftabwehr und Marine vier Teilstreitkräfte.<sup>7</sup> Allerdings besteht die Absicht, Luftwaffe und Luftabwehr zusammenzulegen. Das »Staatliche Programm« sieht zudem die Einrichtung folgender neuer Strukturen vor:

- ▶ *Vorgeschobene Verteidigungskräfte* zur raschen Reaktion auf eine Änderung der militärstrategischen Situation und zum Einsatz in einem bewaffneten Konflikt mit dem Ziel seiner Beendigung in einem möglichst frühen Stadium, um eine Eskalation zu einem lokalen oder regionalen Krieg nicht zuzulassen. Sie sollen aus nichtatomaren Abhaltungskräften, Schnellen Eingreifkräften (die als Hauptelement der künftigen ukrainischen Streitkräfte gedacht sind) sowie Deckungskräften zur Sicherstellung des Aufmarsches der Hauptkräfte bestehen.
- ▶ *Hauptkräfte* zum Einsatz in einem lokalen/regionalen Krieg und
- ▶ *Strategische Reserven* zur Verstärkung der Hauptkräfte vor oder während eines bewaffneten Konflikts.

<sup>7</sup> Dieser Umstand findet sogar in renommierten westlichen Quellen keine Beachtung. Man geht oft von drei Teilstreitkräften (Landheer, Luftwaffe, Marine) aus, so daß die Luftverteidigung mit ihren ca. 48 000 Angehörigen keine gesonderte Berücksichtigung findet bzw. als Teil der Luftwaffe dargestellt wird; vgl. z.B. Jane's Sentinel Security Assessment. Russia and the CIS, Coulsdon 2001, S. 649ff; The Military Balance 2001–2002, London/Oxford 2001, S. 101ff. Als eigenständige Waffengattung erscheint die Luftverteidigung dagegen bei Christian Wehrschütz, Ukraine, in: Hans J. Giessmann/Gustav E. Gustenau (Hg.), Security Handbook 2001. Security and Military in Central and Eastern Europe, Baden-Baden 2001, S. 400. Allerdings werden hier keine Angaben über ihre Ausrüstung gemacht. Sie finden sich beispielsweise in der Datenbasis von Periscope zur Ukraine (Einstieg unter [www.periscope.ucg.com](http://www.periscope.ucg.com)).



Die zweite Reformphase nach dem neuen Staatlichen Programm (2006–2010) soll der Modernisierung der Ausrüstung der Streitkräfte gewidmet sein. Ab 2006 will man auch die Dauer des Wehrdienstes von derzeit 18 auf 12 Monate verkürzen. Die Personalstärke soll bis Ende 2005 295 000 Soldaten plus 80 000 zivile Mitarbeiter betragen. Für 2015 sind 240 000 Soldaten und 60 000 Zivilisten vorgesehen. Der Umstieg auf eine Berufsarmee soll sich allmählich vollziehen und bis 2015 abgeschlossen sein. Außerdem sieht das Staatliche Programm vor: Verbesserung der wirtschaftlichen Aktivitäten der Streitkräfte, Entwicklung der Militärwissenschaft, Schaffung einer Militärpolizei, Reform des militärischen Ausbildungswesens, Verbesserung der Erziehungs- und Kulturarbeit, Stärkung der zivilen und demokratischen Kontrolle über die Streitkräfte usw. – Die Realisierung der Vorgaben des Programms wird von den finanziellen Mitteln abhängen, die der ukrainische Staat dafür mobilisieren kann beziehungsweise will.

Nicht unerwähnt bleiben dürfen Probleme wie der Mangel an Wohnungen für Angehörige des Militärs und anderer Sicherheitsorgane, die »didowschtschina« sowie weitere diszipliniere Defizite in den ukrainischen Streitkräften. Diese gerieten zuletzt weltweit in die Schlagzeilen, als sie am 4. Oktober 2001 mit einer S-200-Luftabwehrrakete 185 km südwestlich der russischen Hafenstadt Sotschi (über dem Schwarzen Meer) versehentlich eine Tu-154 der russischen Fluggesellschaft Sibir abschoßen. Die 78 Passagiere und Besatzungsmitglieder kamen ums Leben. Kiew bestritt zunächst jede Beteiligung der ukrainischen Luftabwehr, die auf der Krim Manöver abgehalten hatte, mußte aber schließlich seine Schuld einräumen. Damit waren mehrere hohe Militärs mit Verteidigungsminister Armeegeneral Olexandr Kusmuk an der Spitze nicht mehr zu halten. Er wurde Anfang November durch Armeegeneral Wolodimir Schkidtschenko ersetzt, bis dahin Generalstabschef und 1. stellvertretender Verteidigungsminister. Das Ansehen der Streitkräfte in der Ukraine nahm aber offenkundig keinen bleibenden Schaden: Sie standen Meinungsumfragen zufolge auch Anfang 2002 an der Spitze jener staatlichen Institutionen, denen die Bevölkerung vertraut – weit vor dem Präsidenten, dem Parlament und den Parteien.

## Ökonomische Sicherheit

Die von der Obersten Rada am 16. Januar 1997 beschlossene »Konzeption (Grundlagen der Staatspolitik) der nationalen Sicherheit der Ukraine« nennt folgende »Haupttrichtungen der staatlichen Politik der nationalen Sicherheit der Ukraine«: Politik, Wirtschaft, Soziales, Militär, Ökologie, Wissenschaft/Technik und Information.<sup>8</sup> Die Militärdoktrin der Ukraine von 1993 sah ebenfalls zahlreiche nichtmilitärische Vorkehrungen zur Garantie der Sicherheit der Person, der Bevölkerung und des Staates vor.<sup>9</sup> Wegen ihrer besonderen Tragweite soll hier auf die ökonomische Sicherheit näher eingegangen werden.

### Wirtschaftliche Erholung

Der wirtschaftliche Niedergang der Ukraine in den ersten Jahren nach dem Zerfall der Sowjetunion war noch katastrophaler als der Rußlands. Wie dieses hat sich die Ukraine aber seit dem Jahr 2000 spürbar erholt. Damals nahm ihr BIP um 5,8% zu. 2001 stieg es sogar um 9,1% an, und für 2002 und 2003 werden 3,8 beziehungsweise 3,3% Erhöhung prognostiziert. Die Industrieproduktion legte bereits 1999 zu (damals um 4,3%); 2000 betrug die Steigerungsrate 12,9% und

<sup>8</sup> *Ekonomična Bezpeka Deržavy. Zbirnyk normatyvno-pravovykh aktiv Ukraïny. Rada Nacional'noji Bezpeky i Oborony Ukraïny – Mižvidomča Komisija z Pytan' Finansovoji Bezpeky* [Die wirtschaftliche Sicherheit des Staates. Sammelband von normativ-rechtlichen Akten der Ukraine. Rat für nationale Sicherheit und Verteidigung der Ukraine – Interbehördliche Kommission für Fragen der finanziellen Sicherheit], Kyjiv 2001, S. 9–11. Dieser schmale Band bietet einen guten Überblick über Gesetze, Erlässe, Programme und sonstige staatliche Dokumente, welche die ökonomische Sicherheit der Ukraine behandeln.

<sup>9</sup> Auch politikwissenschaftliche Arbeiten zur Sicherheitspolitik befassen sich mit politischer, sozialer, regionaler und ökologischer Sicherheit, der Rüstungsindustrie, demographischen Faktoren, Informationssicherheit und ökonomischer Sicherheit, wie z.B. Nina Nyžnyk/Hryhorij Sytnyk/Viktor Bilous, *Nacional'na bezpeka Ukraïny* [Die nationale Sicherheit der Ukraine], Kyjiv 2000, S. 217–256. Fragen der ökonomischen Sicherheit werden auch immer wieder in der Quartalszeitschrift *Stratehična Panorama* [Strategisches Panorama] diskutiert, die der Rat für nationale Sicherheit und Verteidigung der Ukraine herausgibt.

2001 sogar 14,2%. Die Brutto-Auslandsverschuldung in Prozent des BIP erreichte 1999 mit 61,5% (= 16,92 Mrd. Euro) einen Höhepunkt erreicht; seitdem sinkt dieser Anteil (2002 und 2003 vermutlich auf 40,7 beziehungsweise 38,5%). Die Realeinkommen sind – wenigstens nach Angaben des Staatskomitees für Statistik – 2001 um 20% gestiegen.<sup>10</sup> Die Ukraine hat – auch wenn immer noch etwa ein Drittel ihrer Bevölkerung unter der Armutsgrenze lebt – die Talsohle der 90er Jahre überwunden, was ihrer wirtschafts-, außen- und sicherheitspolitischen »Manövrierfähigkeit« nur zuträglich sein kann.

### Erdgas-Politik

Rußland ist nach wie vor der mit Abstand größte Außenhandelspartner der Ukraine und Lieferant von 90% ihrer Energieträger. Für diese hat Kiew immer wieder große Schulden aufgestaut, was es Moskau gestattete, mit politischen, ökonomischen und militärpolitischen Forderungen verbundenen Druck auszuüben. Diese Möglichkeit entfiel natürlich, wenn die Ukraine für die russischen Gaslieferungen (im Jahr 2000 48 Mrd. Kubikmeter von 68 Mrd. Gesamtbedarf) pünktlich aufkommen könnte. Rußland, so kann daher auch angenommen werden, hat an einer wirtschaftlich prosperierenden Ukraine kein besonderes Interesse. Unter Ministerpräsident Viktor Juschtschenko begann die Ukraine, zuverlässiger russisches Gas zu bezahlen. Im April 2001 wurde er von einer eigenwilligen Koalition aus KPU und Lobbyisten prorussischer Oligarchen in der Obersten Rada abgewählt.

Die Lage komplizierte sich regelmäßig noch dadurch, daß Kiew und Moskau kaum jemals über die Höhe der ukrainischen Schulden für Erdgas Einvernehmen herstellen konnten, weil sie verschiedene Berechnungsmethoden anwandten. Immerhin unterzeichneten die Ministerpräsidenten der Ukraine und Rußlands am 4. Oktober 2001 einen Vertrag über die Regelung von 1,4 Mrd. Dollar ukrainischer Gasschulden. Er sieht eine Rückzahlung innerhalb von 12 Jah-

<sup>10</sup> Zahlen nach: CEE Report (Creditanstalt/Bank Austria), (2002) 2, S. 27.

ren nach einer »Gnadenperiode« von drei Jahren vor. Die Ukraine wollte auch bei dieser Gelegenheit trotz anhaltenden russischen Drängens ihre Gaspipelines nicht zwecks Schuldenrückzahlung abtreten. Sollte Rußland dieses Ziel allerdings doch noch erreichen, so ergäben sich daraus zweifellos erhebliche Herausforderungen für die ökonomische Sicherheit der Ukraine mit potentiell weitreichenden politischen Folgen.

## Die Geopolitik des Pipelinebaus

Der russische Erdgasexport in den Westen wird zu 90% über die Ukraine abgewickelt. Moskau beschuldigt die Ukraine seit Jahren, illegal russisches Gas aus den über ihr Territorium verlaufenden Pipelines (die 110–120 Mrd. Kubikmeter pro Jahr transportieren) zu entnehmen, und versucht gleichzeitig mit einer Kombination aus Druck und Versprechungen, Polen zum Bau eines Verbindungsstückes zwischen der bestehenden Gaspipeline Jamal–Westeuropa und dem slowakischen Leitungssystem zu bewegen, womit Rußland unter Umgehung der Ukraine Erdgas nach Süd- und Westeuropa exportieren könnte. Anlässlich des Putin-Besuchs in Polen Mitte Januar 2002 verdichteten sich die Hinweise auf eine Zustimmung Warschau.<sup>11</sup> Bei einer Verwirklichung der Moskauer Pläne, die auch von westlichen Gaskonzernen – Gaz de France, ENI (Italien), Ruhrgas AG und Wintershall AG (beide Deutschland) – unterstützt werden, dürfte die Ukraine Transitgebühren verlieren und als Transportkorridor zwischen Ost und West an Bedeutung einbüßen. In der Öffentlichkeit weniger beachtet, aber vom Standpunkt der ökonomischen Sicherheit der Ukraine aus nicht minder problematisch ist eine (Mitte 2002 bereits in Fertigstellung begriffene) Gaspipeline (Projekt »Blue Stream«), die Rußland und die Türkei am Grund des Schwarzen Meeres verbinden wird.<sup>12</sup>

<sup>11</sup> Vgl. Kai-Olaf Lang, Ein neues polnisch-russisches Verhältnis? Putins Polenbesuch im Januar 2002, Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik, Januar 2002 (SWP-Aktuell 1/02), S. 3f.

<sup>12</sup> Das Ukrainische Zentrum für ökonomische und politische Studien »Rasumkow« (Kiew), ein bekannter nichtstaatlicher Think-tank, untersucht die für die Ukraine relevanten Gas-transitprojekte laufend; vgl. die entsprechende Schwerpunkt-nummer der von ihm herausgegebenen Zeitschrift *Nacional'na Bezpeka i Oborona* [Nationale Sicherheit und Verteidigung], (2002) 3, v.a. S. 29–39; Vladimir Saprykin, »Gazovyj treugol'nik« ES–Ukraina–Rossija: Edinstvo i bor'ba interesov [Das »Gasdreieck« EU–Ukraine–Rußland: Einheit und Kampf der Interessen], in: Zerkalo Nedeli, 13.4.2002, S. 1, 9.

Moskau meint offenkundig, daß sich eine vom Gas-transit zunehmend ausgesparte Ukraine ihm gegenüber politisch und ökonomisch »gefügiger« zeigen muß. Kiew ist allerdings im Pipelinebereich nicht völlig wehrlos: Im Sommer 2001 wurde eine 673 km lange Pipeline zwischen Odessa und Brody vollendet, die zunächst bis zu 9 Mio. Tonnen (aus dem Kaspischen Becken stammendes) Erdöl nach Polen und weiter nach Deutschland befördern soll. Durch die Erweiterung der Transportkapazitäten könnte die Ukraine ihre Abhängigkeit von russischem Erdöl reduzieren und Transitgebühren einnehmen.

## Vordringen russischen Kapitals

Moskau strebt offenbar zielgerichtet die Kontrolle über die »Filetstücke« der ukrainischen Wirtschaft an – in Gestalt von Erdölraffinerien, Erdöl- und Erdgas-pipelines mit der dazugehörigen Infrastruktur, Metallurgiebetrieben, Energieversorgungsunternehmen, chemischer Industrie, Massenmedien und Telekommunikation. Russisches Kapital beherrscht bereits die gesamte (für die Rüstung wichtige) Aluminiumindustrie und die größte Chemiefabrik der Ukraine, zwei der vier wichtigsten Erdölraffinerien sowie mehrere Banken und TV-Stationen. Ankäufe der Aktienmehrheit an ukrainischen Betrieben durch russische Firmen erfolgen oft unter mehr als klärungsbedürftigen Umständen. Dazu kommt, daß die russischen Investitionen in der Ukraine nur zum Teil als solche in den offiziellen Statistiken aufscheinen, da russisches Kapital sehr oft auch hinter in anderen Ländern gemeldeten Firmen und Gesellschaften steht. So gehören Zypern und die British Virgin Islands formal zu den größten Investoren in der Ukraine, obwohl kaum zu bezweifeln ist, daß es sich hier in erster Linie um russische Gelder handelt. Ukrainische Offizielle betonen gerne, daß das »russische Kapital *erstweilen* keine Bedrohung für die Ukraine darstellt«.<sup>13</sup>

Wenn es russischen Konzernen gelingen sollte, die Kontrolle über Schlüsselbereiche der ukrainischen Volkswirtschaft – und vor allem die Energieversorgung – zu gewinnen, wären die Möglichkeiten Kiews,

<sup>13</sup> Svetlana Stepanenko, »Rossijskij kapital poka ne predstavljaet ugrozy Ukraine« [»Das russische Kapital stellt erstweilen keine Bedrohung für die Ukraine dar«] (Interview mit Olexandr Rjabtschenko, Vorsitzender einer Spezialkommission der Obersten Rada für die Kontrolle der Privatisierung), in: *Vremja Novostej* (online), 14.3.2002; Hervorhebung vom Verfasser.

auch außen- und sicherheitspolitisch einigermaßen eigenständig zu agieren, erheblich eingeschränkt. Nicht umsonst meinte Juschtschenko, daß »das Energieproblem die Ukraine auch die politische Unabhängigkeit kosten kann«.<sup>14</sup>

14 Zitiert nach Interfax-Ukraine, 25.11.2000, S. 2.

## Rüstungsindustrie

Beim Zerfall der UdSSR besaß die Ukraine 700 Unternehmen mit 1,3 Mio. Beschäftigten, die nur für die Rüstung produzierten, sowie 1100 Zulieferbetriebe mit 1,4 Mio. Mitarbeitern.<sup>15</sup> Angesichts eines solchen Potentials, das auf die Weltmachtambitionen der UdSSR zugeschnitten war, stellte sich für die unabhängige Ukraine das Problem der Umstellung von Rüstungsproduktion auf zivile Bedürfnisse (Konversion) natürlich mit besonderer Dringlichkeit. Dabei konnten einige Erfolge erzielt werden, doch waren (teilweise erhebliche) Reduzierungen von Produktionskapazitäten und Personal oft unumgänglich.

Die seit der Sowjetzeit bekanntesten Einrichtungen der ukrainischen Rüstungsindustrie sind:

- ▶ Die Panzerfabrik Malischew in Charkiw, die zu sowjetischer Zeit Gasturbinen für Schiffe, vor allem aber mitunter bis zu 1000 Panzer pro Jahr baute (und damit mehr als die gesamten USA selbst in der Zeit der verstärkten Rüstungsanstrengungen unter Präsident Ronald Reagan in den 80er Jahren). 1991, also im letzten Jahr der Existenz der UdSSR, erzeugte sie 800 Panzer, 1992 nur mehr 43 – und 1993 und 1994 keine mehr. Im Jahr 1995 waren es ganze drei Stück (für die Rüstungsmesse IDEX-95).<sup>16</sup> Ein im August 1996 unterzeichneter Vertrag über die Lieferung von 320 Stück T-80DU an Pakistan (Umfang: 650 Mio. Dollar) bedeutete die Rückkehr der Fabrik auf den internationalen Waffenmarkt (siehe das folgende Kapitel).
- ▶ Das Konstruktionsbüro Piwdenne (Süden) in Dnipropetrowsk, das seit 1954 ballistische Raketen, Raumfahrzeuge, Satelliten und Triebwerke entwickelt.

<sup>15</sup> Nach Ustina Markus, An Ailing Military-Industrial Complex, in: Transition, 23.2.1996, S. 52f. Selbst ukrainische Angaben (von westlichen ganz abgesehen) über den Stellenwert der Ukraine in der Rüstungsindustrie der ganzen UdSSR und das sowjetische rüstungswirtschaftliche »Erbe«, das die Ukraine Ende 1991 übernahm, divergieren mitunter stark; vgl. etwa V. Behma, Oboronno-promyslovi kompleksi Ukrajin ta Rosiji [Die Verteidigungsindustrie-Komplexe der Ukraine und Rußlands], Kyjiv 1998, S. 38. Dort heißt es, daß Ende 1991 in der Ukraine 3594 Betriebe mit etwa 3 Mio. Mitarbeitern für die Rüstung tätig waren.

<sup>16</sup> Zahlen nach Victor Zaborsky, The »New President« of Ukraine, in: World Affairs, (2001) 3, S. 126.

- ▶ Ebenfalls in Dnipropetrowsk liegt die »Südliche Maschinenbaufabrik« (»Piwdenmasch«; bekannter unter der russischen Bezeichnung »Juschmasch«), die seit 1952 ballistische Raketen, Satelliten, Raumfahrzeuge, Satelliten und Triebwerke erzeugt. Kutschma war 1986–92 Generaldirektor dieser größten Raketenfabrik der Welt (mit damals ca. 50 000 Mitarbeitern), bevor er zum Ministerpräsidenten der Ukraine aufstieg.
- ▶ Der Luftfahrt-Forschungskomplex Antonow in Kiew.
- ▶ Die Flugzeugfabriken in Kiew (Awiant) und Charkiw.
- ▶ Das Maschinenbau-Konstruktionsbüro Progress in Saporischja entwickelt Flugzeugtriebwerke. Spezialität sind Gasturbinen für Luftfahrt und Industrie.
- ▶ Motor Sitsch in Saporischja betreibt mehrere Fabriken für Spezialmaschinenbau, in denen Hubschrauber- und Flugzeugtriebwerke entwickelt, produziert und getestet werden.
- ▶ Die Ukraine verfügt über eine leistungsfähige Schiffsbauindustrie mit acht großen Werften. Zentrum ist Mykolajiw mit drei Anlagen: Schwarzmeer (in der in sowjetischer Zeit zahlreiche große Kriegsschiffe, darunter Flugzeug- und Hubschrauberträger, entstanden), 61. Kommunar und Okean.

Die Rüstungsindustrie der USSR war bekanntlich eng mit Betrieben in anderen Sowjetrepubliken (und vor allem in der RSFSR) verknüpft, und auch die unabhängige Ukraine ist in vielen Bereichen immer noch auf Rußland angewiesen. Das betrifft Produktion wie Kampfwertsteigerung. So wurde im Herbst 2001 verlautbart, daß die ukrainische Luftwaffe beabsichtigt, ihre ca. 200 Kampfflugzeuge vom Typ MiG-29 mit russischer Hilfe zu modernisieren. Umgekehrt arbeiten viele ukrainische Firmen an russischen Rüstungsprojekten mit (so etwa dem Luftabwehrsystem S-300). Zudem baut die Ukraine Trägerraketen, mit denen Rußland unter anderem Spionagesatelliten in eine Erdumlaufbahn befördert. Das Projekt des ukrainisch-russischen militärischen Transportflugzeuges An-70 ist auch im Westen auf einige Aufmerksamkeit gestoßen – schon deshalb, weil Kiew und Moskau gehofft hatten, Deutschland als Kunden gewinnen zu können. Dieses entschied sich jedoch für eine Transport-



variante des Airbus (A440M), und inzwischen wird auch in Rußland ein Ausstieg aus dem Projekt überlegt.<sup>17</sup> Trotz der ukrainisch-russischen Rüstungskoope-ration sind beide Länder zu einem erheblichen Ausmaß Konkurrenten auf den Weltwaffenmärkten. Versuche, die Exportstrategien der beiden Staaten aufeinander abzustimmen, sind immer wieder gescheitert.

Eine Rüstungszusammenarbeit zwischen der Ukraine und westlichen Staaten besteht lediglich in Ansätzen. Die Ukraine hat aber bereits begonnen, Rüstungsgüter herzustellen, die NATO-Standards entsprechen. Verteidigungsminister Schkidtschenko verwies in diesem Zusammenhang auf die Malischew-Fabrik, welche nun eine Panzerkanone mit dem NATO-Kaliber 120 mm baut. Neben der Panzerindustrie orientiert sich auch die Flugzeugindustrie der Ukraine bereits an NATO-Standards.<sup>18</sup> Kommerziellen Zwecken dient das Projekt »Sea Launch«: Die Trägerrakete Zenit 3SL, deren erste beiden Stufen von Piwdenne entwickelt und von Piwdenmasch hergestellt wurden, bringt von einer Startplattform im Pazifik aus Frachten in eine Erdumlaufbahn.

Die ukrainischen Streitkräfte sind seit ihrer Entstehung chronisch unterfinanziert. Zwar hat die Ukraine Ende 1991 von der Sowjetarmee relativ modernes Gerät übernommen, doch wird es natürlich irgendwann völlig veraltet beziehungsweise unbrauchbar sein – und dann stellt sich die Frage der kostspieligen Neuausrüstung. Das Durchschnittsalter der Schiffe der Kriegsmarine beträgt etwa 20 Jahre. Daher müßten dringend Neubauten in Angriff genommen werden. Die Ukraine konnte allerdings lange nur an die Fertigstellung von Kampfschiffen denken, die meist bereits zu sowjetischer Zeit auf Kiel gelegt wurden. Das erste eigene (d.h. bereits in der unabhängigen Ukraine begonnene) Fahrzeug ist die im März 2002 vom Stapel gelassene Korvette »Ternopil«. Der riesige Kreuzer »Ukraina«, an dem seit 1985 in Mykolajiw gebaut wird und der inzwischen zu 90% fertiggestellt ist, dürfte entweder (am ehesten an Rußland) verkauft oder abgewrackt werden. Er ist für die Zwecke der ukrainischen Marine ungeeignet.

<sup>17</sup> Vgl. Sergej Grigor'ev/Armen Chanbabjan, Otkaz [Die Ablehnung], in: Nezavisimaja gazeta, 24.4.2002 (online). Nach einem Mitte April 2002 unterzeichneten Vertrag soll Tschechien 2005 oder 2006 im Rahmen einer Regelung für sowjetische Altschulden drei An-70 erhalten.

<sup>18</sup> Rostislav Demčuk, Vladimir Škidčenko: Voennaja tehnika v Ukraine sozdaetsja po standartam NATO [Wladimir Schkidtschenko: Militärtechnik in der Ukraine wird nach NATO-Standards gefertigt], in: Den', 20.12.2001, S. 3.

## Rüstungsexport

Der Rüstungsexport gilt in der Ukraine auch deswegen als wichtig, weil es ohne ihn überhaupt kein Geld gäbe für den Erhalt der eigenen Armee. Die unabhängige Ukraine verkaufte zunächst Waffen und Militärtechnik aus den umfangreichen Arsenalen der früheren Sowjetarmee auf ihrem Territorium und ging dann allmählich dazu über, selbstgefertigte Rüstungsgüter (Raketen, Panzer und gepanzerte Fahrzeuge, Schiffe und Flugzeuge, Triebwerke, elektronische und optische Geräte usw.) auf dem Weltmarkt anzubieten.

Einer Studie des Research Service des US-Kongresses von 2001 zufolge hat die Ukraine in den Jahren 1993–2000 Rüstungsexportverträge über 2,8 Mrd. Dollar abgeschlossen (10. Platz weltweit; zum Vergleich: USA 101 Mrd. Dollar) und in diesem Zeitraum für 2,5 Mrd. Dollar geliefert (9. Platz; USA 124,2 Mrd.).<sup>19</sup> SIPRI nannte folgende Zahlen zu den Rüstungsexporten der Ukraine (in Mio. US-Dollar): 1996 – 202, 1997 – 626, 1998 – 615, 1999 – 446, 2000 – 67. Insgesamt ergibt sich für den Zeitraum 1996–2000 ein Volumen von 1956 Mio. Dollar, was weltweit den achten Platz bedeutete.<sup>20</sup> Der stellvertretende Sekretär des Nationalen Rates für Verteidigung und Sicherheit (gleichzeitig Vorsitzender des Komitees für Politik im Bereich der militärtechnischen Zusammenarbeit und Exportkontrolle beim Präsidenten der Ukraine), Leonid Roschen, wies die Zahl für 2000 zurück: Sie werde allein schon durch zwei Großaufträge übertroffen, nämlich zwei Zubr-Hovercrafts für Seelandungsoperationen an Griechenland (für 100 Mio. Dollar) sowie 90 BTR-3U (gepanzerte Mannschaftstransportfahrzeuge) an die Vereinigten Arabischen Emirate.<sup>21</sup>

Nach Angaben des Präsidenten von Krawiuprom, Valerij Schmarow (1994–96 der bisher einzige zivile

Verteidigungsminister der Ukraine), hat die Ukraine im Jahr 2001 für 550 Mio. Dollar Waffen verkauft.<sup>22</sup>

Eine Erfassung des ukrainischen Rüstungsexports stößt auf erhebliche methodische Probleme. Die vorliegenden Daten sind oft widersprüchlich und/oder nicht miteinander vergleichbar. Das UNO-Register für konventionelle Waffen hilft kaum weiter, weil es nur auf offiziell von den Teilnehmerstaaten gemeldeten Rüstungsgeschäften beruht und auch keine Verkaufssummen nennt.<sup>23</sup>

Der ukrainische Waffenhandel ist generell durch geringe Transparenz gekennzeichnet.<sup>24</sup> Das wirkt sich auch und gerade auf die Exportkontrolle aus. Das staatliche Waffenhandelsmonopol wird von der 1996 entstandenen Firma Ukrspezexport wahrgenommen. Diese und andere Behörden und Gremien, die für Waffenhandel zuständig sind, werden ständig umorganisiert, was einer kontinuierlichen Arbeit nicht zuträglich sein dürfte. Sie sind zudem fast ausschließlich in der Exekutive angesiedelt, so daß die Exportkontrolle durch die Legislative unzureichend ist. Ein Gesetzesentwurf »Über staatliche Kontrolle des internationalen Transfers von Rüstungs- und Dual-use-Gütern« von Rüstungsexporten wird zwar seit geraumer Zeit diskutiert,<sup>25</sup> ist aber nach wie vor nicht von der Obersten Rada beschlossen worden. Daher sind Fragen der Exportkontrolle von Rüstungsgütern bisher lediglich durch Verordnungen und Erlässe des Präsidenten und der Regierung geregelt.

Vor diesem Hintergrund ist es kaum verwunderlich, daß der ukrainische Rüstungsexport immer wieder von Skandalen überschattet war. Schon lange vor den Terroranschlägen in den USA am 11. September 2001 gab es Gerüchte, denen zufolge ukrainische Waffen an die fundamentalistischen Taliban in Afghanistan gegangen sein sollen. So hieß es, Pakistan habe Munitions- und Waffenkäufe der Taliban in der

<sup>19</sup> Nach Richard F. Grimmett, *Conventional Arms Transfers to Developing Nations, 1993–2000*. CRS Report for Congress, Washington: Congressional Research Service/The Library of Congress, 16. August 2001 (CRS-74, -79).

<sup>20</sup> Nach SIPRI Yearbook 2001. *Armaments, Disarmament and International Security*, Stockholm/Oxford 2001, S. 357.

<sup>21</sup> Nach Leonid Rozhen, *Ukraine Is Simply Being Ousted from International Arms Market*, in: *Military Industrial Complex* (MIC), Unian, (17.–23.9.2001) 38, S. 9f.

<sup>22</sup> Nach *Center for Peace, Conversion and Foreign Policy of Ukraine*, *Ukrainian Monitor*, Weekly issue, (2002) 6, S. 12.

<sup>23</sup> Vgl. [http://disarmament.un.org/UN\\_REGISTER.nsf](http://disarmament.un.org/UN_REGISTER.nsf).

<sup>24</sup> Gespräch des Verfassers mit Leonid Poljakow vom Ukrainischen Zentrum für ökonomische und politische Studien, Rasumkow, 18.4.2002 in Kiew.

<sup>25</sup> Für einen Entwurf vgl. *National Security & Defence*, (2001) 6, S. 2–9.

Ukraine (und anderen osteuropäischen Ländern) gefördert<sup>26</sup> und ihnen einige der in der Ukraine angeschafften T-80UD überlassen. Allerdings tauchten nie Photos oder unabhängige Berichte von Taliban-Panzern ukrainischer Herkunft auf.

Es gibt auch Berichte und Vermutungen über Lieferungen ukrainischer Rüstungsgüter an den Irak. So beschuldigte Mykola Melnitschenko, ein früherer Präsidentenleibwächter,<sup>27</sup> Kutschma, im Jahr 2000 die Lieferung von Radarsystemen Koltschuga (Kettenhemd) an den seit 1990 mit einem UNO-Waffenembargo belegten Irak gebilligt zu haben. Das löste im Frühjahr 2002 einige Resonanz in den ukrainischen und teilweise auch internationalen Medien aus. Das System Koltschuga (das in der Lage sein soll, auch die Stealth-Flugzeuge der US-Luftwaffe aufzuspüren) wurde noch in der UdSSR entwickelt. Die Produktion in der Fabrik Topas in Donezk wurde (nach der Einstellung 1995) 1999 wiederaufgenommen. Mehrere Amtsträger mit Kutschma an der Spitze, der Generaldirektor von Topas sowie diverse Behörden (Außenministerium, staatlicher Exportkontrolldienst usw.) wiesen die Aussagen Melnitschenkos entschieden zurück. Angeblich wurden seit der Unabhängigkeit der Ukraine drei Koltschuga-Anlagen nach Äthiopien geliefert. Eine soll an das Verteidigungsministerium der Ukraine gegangen und vier weitere von China bestellt worden sein. Ukrainische Beobachter verweisen gerne darauf, daß es außer den Behauptungen Melnitschenkos keine Hinweise auf Koltschuga-Lieferungen an den Irak gebe. Das ist nicht zu bestreiten, doch ist zu beachten, daß Kiew natürlich großes Interesse hat, nicht als Verletzer von UNO-Waffenembargos zu erscheinen. Das wäre dem internationalen Ansehen der Ukraine (das ohnehin nicht auf der Höhe ist) zweifellos abträglich. Zudem erinnerte der Botschafter der USA in Kiew, Carlos Pascual, daran, daß amerikanischen Gesetzen zufolge Länder, die erwiesenermaßen an den Irak Waffen liefern, von US-Finanzhilfe auszuschließen sind – und die Ukraine gehört zu den wichtigsten Empfängern.<sup>28</sup>

Die USA warfen der Ukraine auch vor, Komponenten für ballistische Raketen an China, Iran und Libyen

<sup>26</sup> Nach Ahmed *Rashid*, Taliban. Afghanistans Gotteskrieger und der Dschihad, München 2001, S. 300.

<sup>27</sup> Er war bereits im Mittelpunkt des sogenannten Kassetten-skandals um den im Herbst 2000 ermordeten Journalisten Hryhorij Gongadze gestanden.

<sup>28</sup> Nach Sergej *Solodkij*, Paskual' razveivaet »antiamerikanskije« mify [Pascual zerstreut »antiamerikanische« Mythen], in: Den', 13.4.2002, S. 2.

verkauft zu haben.<sup>29</sup> Zudem wurde der Ukraine immer wieder – auch in seriösen westlichen Quellen – angelastet, illegal Waffen in die afrikanischen Bürgerkriegsstaaten Liberia und Sierra Leone verkauft zu haben.<sup>30</sup> Mitte Mai 2002 sah sich Kiew vor die Notwendigkeit gestellt, Behauptungen über Waffenlieferungen an die bosnischen Moslems im Jahre 1994 (und damit während des Krieges gegen die Serben) zurückzuweisen. Auch GUS-intern gab es Probleme: So beschuldigte Armenien die Ukraine in einem Brief an UNO-Generalsekretär Kofi Annan, 1993–95 in Verletzung des VKSE 10 Kampfflugzeuge und 150 Panzer an Aserbaidschan geliefert zu haben.<sup>31</sup>

Kiew reagierte meist mit vehementen Dementis, und ukrainische Stimmen äußerten den Verdacht, daß Konkurrenten die Ukraine mit Meldungen über illegalen Waffenhandel diskreditieren wollten. Die zahllosen Behauptungen und Kommentare dürften kaum jemals zu verifizieren sein. Die Ukraine hat jedenfalls (wie auch Belarus) – zu Recht oder zu Unrecht – den Ruf, »Waffen an jeden Empfänger zu liefern, der bereit ist zu zahlen«.<sup>32</sup>

Keine Unklarheiten bestehen über die Rüstungshilfe der Ukraine an Mazedonien. Die beiden Länder haben 1999 einen »Vertrag über militär-technische Zusammenarbeit« abgeschlossen. Kiew räumte ein, Skopje zum Kampf gegen albanische Aufständische 31 T-72-Panzer, je 4 Kampf- und Transporthubschrauber sowie 4 Kampfflugzeuge Su-25 geliefert zu haben.<sup>33</sup> Kiew stellte seine Waffenexporte nach Mazedonien unter westlichem Druck zunächst ein, nahm sie aber im Herbst 2001 wieder auf.

Die ukrainischen Rüstungsexporte in westliche Länder sind bescheiden. Ein Sonderfall ist Griechenland, das unter allen NATO-Ländern wohl die besten Beziehungen zu den ostslawischen Staaten hat und auch Waffen in Rußland erwirbt. Die Verteidigungsminister der Ukraine und Griechenlands unterzeichneten am 30. August 1999 ein Abkommen über militär-

<sup>29</sup> Nach F. Stephen *Larrabee*, Ukraine's Place in European and Regional Security, Santa Monica 1998 (RAND/RP-748), S. 257.

<sup>30</sup> Vgl. SIPRI Yearbook 2001[Fn. 20], S. 418.

<sup>31</sup> Nach: Ukraine Helps Azeris Build-up, Says Armenia, in: Jane's Defence Weekly, 12.3.1997, S. 3.

<sup>32</sup> Nach SIPRI Yearbook 2001, S. 330.

<sup>33</sup> So übereinstimmend z.B. Ukraina postavit oružie Makedonii [Die Ukraine liefert Waffen an Mazedonien], in: Komersant', 29.10.2001, S. 3; Security Watch, 16.1.2002. In anderen Quellen ist davon die Rede, daß die Ukraine Mazedonien im März 2001 2 Mi-24- und 4 Mi-8-Hubschrauber und Anfang Juli 2001 weitere 4 Mi-24 geliefert habe (MIC, Unian, [31.7.–6.8.2001] 31, S. 3).

technische Kooperation, und Athen erhielt, wie erwähnt, zwei Zubr, die je bis zu 130 Tonnen Fracht transportieren können. Das blockfreie Finnland verfügt über ein erhebliches Arsenal an Waffen sowjetischer Herkunft, darunter 230 Kampfpanzer der Typen T-72 und T-55. Es gab Überlegungen über ihre Modernisierung durch die Ukraine sowie über mögliche finnische Ankäufe einer verbesserten ukrainischen Variante des T-72.<sup>34</sup> Die Hoffnungsmärkte der Ukraine liegen aber eher außerhalb Europas. So nimmt sie an internationalen Rüstungsmessen auch und gerade im Mittleren Osten und in Südwestasien teil.

<sup>34</sup> Nach *MIC*, Unian, (27.8.–9.9.2001) 35/36, S. 7.

## Rußland als Faktor der ukrainischen Sicherheitspolitik

Die Ukrainer werden in Rußland auch über ein Jahrzehnt nach dem Zerfall der UdSSR nicht in vollem Umfang als ausländische Bürger und eigenständige Nation wahrgenommen. Rußland hat nach wie vor ein imperiales Selbstverständnis, und es gibt kaum Russen, welche die Unabhängigkeit der Ukraine begrüßen oder explizit der Meinung sind, daß es sich um mehr als ein temporäres Phänomen handelt.<sup>35</sup> Es dominiert in Rußland einerseits die Meinung, daß die Ostslawen – also Russen, Ukrainer und Belorussen – eigentlich »ein Volk« sind beziehungsweise quasi naturgegeben zusammengehören. Andererseits gilt es für viele Russen als ausgemacht, daß die Ukraine früher oder später – in der einen oder anderen Form – zu Rußland »zurückkehren« wird.

Wenngleich Rußland die Unabhängigkeit der Ukraine bereits am 4. Dezember 1991 offiziell anerkannt hat, gibt es nach wie vor einen weitgehenden Konsens in seinen politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Eliten wie auch in der Öffentlichkeit (d.h. keineswegs »nur« bei Kommunisten und Nationalisten), daß ein eigener ukrainischer Staat ein historischer Fehler ist, der möglichst rasch behoben werden sollte. Zahlreiche politische Gruppen in Rußland – und vor allem die KPRF, die nach wie vor stärkste Partei des Landes – treten mehr oder weniger offen für eine Wiederherstellung der UdSSR (und damit ein Ende der Unabhängigkeit der Ukraine) ein, was auch in den jeweiligen Programmdokumenten verankert ist.<sup>36</sup>

Moskau versucht, in den GUS-Staaten Sonderinteressen und ein Mitspracherecht auch in inneren Angelegenheiten geltend zu machen. Rußland will den GUS-Republiken offenbar nur eine beschränkte Souveränität zugestehen, das heißt, ihr Recht auf die Regelung der eigenen Angelegenheiten soll dort enden, wo Interessen Moskaus subjektiv betrachtet negativ tangiert würden. Das nimmt man bevorzugt in der Westukraine und in nationalistischen Kreisen zum Anlaß,

<sup>35</sup> Vgl. z.B. entsprechende Äußerungen von Jelzins Außenpolitik-Berater Dmitrij Rjurikow, in: Jamestown Foundation Monitor, 2 (1996) 219.

<sup>36</sup> Vgl. z.B. Programma Kommunističeskoj Partii Rossijskoj Federacii [Programm der Kommunistischen Partei der Rußländischen Föderation]. Moskva 2000, S. 17, 28, 34, 44f.

Rußland vorzuwerfen, die Rolle des »eurasischen Gendarmen« anzustreben.<sup>37</sup> Zudem ist tatsächlich nicht zu übersehen, daß russische Vertreter gegenüber der Ukraine immer wieder Forderungen erheben, die – etwa von westlichen Stimmen gegenüber Moskau geäußert – zweifellos als »unzulässige Einmischung in die inneren Angelegenheiten« verurteilt und entschieden zurückgewiesen würden. So meinte der Vorsitzende des außenpolitischen Ausschusses der Staatsduma (Unterhaus des russischen Parlaments), der Nationalist Dmitrij Rogosin, zur Ernennung von Viktor Tschernomyrdin zum russischen Botschafter in der Ukraine (Mai 2001), daß dieser »als Schiedsrichter bei der Lösung von vielen Konflikten auch interner politischer Natur« auftreten und »eine aktive Rolle in einigen ukrainischen Problemen« spielen solle.<sup>38</sup> Das tat Tschernomyrdin dann auch. So äußerte er während des Wahlkampfes zu den Parlamentswahlen vom 31. März 2002 Unterstützung für jene Parteien, die »für eine Entwicklung der Beziehungen« zu Rußland (d.h. eine Annäherung an dieses) eintreten würden, und warnte vor Gruppierungen, die das (angeblich) nicht tun; konkret nannte er Juschtschenkos Block »Unsere Ukraine«.<sup>39</sup> Zudem machte sich Tschernomyrdin öffentlich zum Anwalt der in Rußland seit Jahren erhobenen Forderung, daß die Ukraine Russisch zur zweiten Staatssprache erheben solle. Die anhaltenden russischen Beschwerden über »Diskriminierung der Russischsprachigen« und »(erzwungene) Ukrainisie-

<sup>37</sup> Oleh Hryniv, *Ukrajina i Rosija: Partnerstvo čy protystojannja?* [Die Ukraine und Rußland: Partnerschaft oder Konfrontation?], L'viv 1997, S. 281.

<sup>38</sup> Zitiert nach James Sherr, Viktor Chernomyrdin's Appointment as Ambassador to Ukraine, in: *Center for Peace, Conversion and Foreign Policy of Ukraine, Monitoring Foreign & Security Policy of Ukraine*, Kyjiv, Juni 2001 (Occasional Report 20), S. 6.

<sup>39</sup> Zitiert nach RFE/RL Newswire – Central and Eastern Europe, 21.3.2002 (online). Präsident Putin empfing während des Wahlkampfes KPU-Chef Petro Simonenko in Moskau. Die russischen Interventionen nutzten allerdings wenig: »Unsere Ukraine« erreichte auf den Parteilisten mit 23,57% den ersten Platz – gefolgt von der KPU (19,98%), dem Pro-Kutschma-Sammelbecken »Für eine einheitliche Ukraine!« (11,77%), dem rechtsgerichteten und überaus Kutschma-kritischen »Block Julia Timoschenkos« (7,26%), der Sozialistischen Partei (6,87%) und der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei (6,27%), die den Ruf hat, die Interessen von Oligarchen zu vertreten.

« beschreiben allerdings weniger die Realität, als daß sie von den Moskauer Bemühungen Zeugnis ablegen, die »russischsprachigen« Minderheiten in der GUS (also nicht nur in der Ukraine) als Instrument der Außenpolitik einzusetzen.

Es ließe sich durchaus die Frage aufwerfen, ob Rußland vor dem Hintergrund seines eigenen Umgangs mit Nationalitätenproblemen – Tschetschenienkriege, Diskriminierung von Kaukasiern, wiederkehrende Pogrome von Skinheads an dunkelhäutigen Bürgern und antisemitische Aussagen von Politikern aus der zweiten und dritten Reihe – in einer Position ist, die Vorwürfe konkret an die Ukraine gerechtfertigt erscheinen ließe. In Rußland lebt eine große ukrainische Minderheit: Nach der Volkszählung von 1989 waren es 4,36 Mio. Menschen (2,97% von 147 Mio. Einwohnern), dazu kommt noch eine schwer zu bestimmende Zahl von Bürgern ukrainischer Abstammung; manche Gesamtschätzungen reichen bis zu 20 Millionen.<sup>40</sup> Für sie gibt es so gut wie überhaupt keine ukrainischsprachigen Bildungs- und Kultureinrichtungen sowie Medien. Demgegenüber bemüht sich Rußland aktiv, seinen Medien – und vor allem natürlich dem Fernsehen, aus dem die Mehrzahl der Menschen ihre Informationen bezieht – in allen GUS-Ländern, besonders in der Ukraine, größtmögliche Verbreitung zu verschaffen.

Die Ukraine und Rußland erklären offiziell immer wieder, einander als »strategische Partner« zu betrachten, doch verbinden sie mit diesem Begriff ganz offenkundig verschiedene Inhalte. Während ihn Kiew – vor allem auch gegenüber den USA – als Ausdruck von besonders freundschaftlichen Beziehungen gebraucht, versteht Moskau unter »strategischer Partnerschaft« mit einem GUS-Staat eine Anpassung von dessen Außen- und Sicherheitspolitik an russische Positionen, eine »gemeinsame« Verteidigungspolitik unter russischer Führung, eine Verpflichtung, sich nicht an (angeblich) gegen die GUS (und damit dessen Hauptmacht Rußland) gerichteten Bündnissen und Blöcken zu beteiligen, die Außengrenzen der GUS gemeinsam zu überwachen sowie die Stationierung von russischen Truppen und Militärstützpunkten zuzulassen.<sup>41</sup>

Rußland wird zweifellos noch für lange Zeit ein entscheidender Faktor für die ukrainische Außen- und Sicherheitspolitik (im weiteren Sinne) bleiben. Dem-

gegenüber ist die Bedeutung der Ukraine für Rußland mit seinem Selbstverständnis als Groß- oder gar Supermacht natürlich viel geringer, doch ist die Ukraine zweifellos der Hauptadressat der russischen Politik in der GUS. Moskau trachtet sie wirtschaftlich, politisch und militärisch möglichst eng an sich zu binden, was (aus russischer Sicht) eine größtmögliche Distanz Kiews zum Westen impliziert. Zahlreiche Äußerungen aus Politik, Militär, Medien und Öffentlichkeit Rußlands zeigen, daß die Ukraine als Gebiet angesehen wird, in dem sich russische und westliche Einflüsse überschneiden und miteinander konkurrieren. Dabei möchte sich Rußland seinen politischen und ökonomischen Einfluß auf die Ukraine nicht von (west)europäischen und euro-atlantischen Organisationen relativieren lassen. Kiew soll sich, so wünscht Moskau, von der NATO möglichst fernhalten und sich statt dessen politisch und militärisch nach Osten orientieren – sowohl im Rahmen der (von Rußland angestrebten) Integration in der GUS als auch in einer bilateralen Kooperation mit Rußland. Zudem soll die Ukraine auch wirtschaftlich auf Rußland und die GUS fixiert bleiben und etwa russischem Kapital bevorzugte Bedingungen bei der Privatisierung einräumen.

In der weiteren Perspektive hofft Moskau – etwa nach der Wahl eines linken Politikers zum Präsidenten der Ukraine – auf den Anschluß der Ukraine an den Ende 1999 vertraglich ausgefertigten »Unionsstaat« aus Rußland und Belarus, was zu einer noch engeren Integration der drei »slawischen Bruderstaaten« führen soll. Das kommt für die derzeitige ukrainische Elite nicht in Frage, doch ist man sich dort des Umstandes bewußt, daß sich die Ukraine keinen wirklich ernsthaften Konflikt mit Rußland leisten kann: Ein solcher wäre nämlich dazu geeignet, ihre innere Kohäsion – und damit die staatliche Existenz – zu gefährden.

## Die Krim

Auf der 22 500 Quadratkilometer großen Halbinsel Krim war und ist ein bedeutendes Militärpotential konzentriert, darunter Basen der russischen Schwarzmeerflotte und Horste ihrer Marineluftwaffe. Die Autonome Republik Krim besitzt als einzige übergeordnete Verwaltungseinheit der Ukraine eine ethnisch russische Mehrheit (1989 67%; Ukrainer 25,8%, von denen die Hälfte Russisch als Muttersprache bezeichnete). Bei der Volksabstimmung über die Unabhängigkeit der Ukraine 1991 gab es auf der

<sup>40</sup> Vgl. Jurij Kobiščanov, *Ukraincy v Rossii* [Die Ukrainer in Rußland], in: *Nezavisimaja gazeta*, 15.5.1993, S. 3.

<sup>41</sup> Vgl. dazu Olga Alexandrova, »Strategische Partnerschaft« aus russischer Sicht, Köln: BIOst, 1997 (Berichte des BIOst, Nr. 24/1997), v.a. S. 25ff.

Krim bei geringer Wahlbeteiligung das landesweit niedrigste Ja-Ergebnis (54%).

Das Parlament der Krim beschloß am 6. Mai 1992 eine Verfassung, die »höchste juristische Kraft« haben sollte (was offenkundig der Versuch war, die Krim-Verfassung über die Verfassung der Ukraine zu stellen), eine »Staatsbürgerschaft der Republik Krim« (ohne jeden Bezug zur Staatsbürgerschaft der Ukraine) einführt und die Zugehörigkeit der Halbinsel zur Ukraine nur beiläufig erwähnt.<sup>42</sup> Der russische Vizepräsident Alexander Ruzkoj und zahlreiche andere Moskauer Politiker unterstützten diesen auf Abspaltung von der Ukraine gerichteten Kurs.

Im Januar 1994 gewann der entschieden prorussische Jurij Meschkow mit 73% der Stimmen die ersten Präsidentenwahlen auf der Krim. Seine offen separatistische Politik sowie Versuche, sich die Sicherheits- und Rechtsschutzorgane der Krim zu unterstellen,<sup>43</sup> führten jedoch dazu, daß Kutschma und die Oberste Rada am 17. März 1995 die Verfassung der Krim von 1992 sowie mehrere ihrer Gesetze aufhoben. Meschkow sah sich abgesetzt, das Präsidentenamt der Krim wurde abgeschafft. Allerdings fanden auf der Krim weiterhin Demonstrationen gegen die Ukraine und die NATO, für einen Anschluß an Rußland, eine Wiederherstellung der UdSSR, eine »Einheit der Schwarzmeerflotte« (siehe dazu unten) usw. statt.

Eine vielfach befürchtete bewaffnete Eskalation konnte jedoch vermieden werden, auch wenn nach wie vor eine starke prorussische separatistische beziehungsweise irredentistische Bewegung auf der Krim existiert. Sie steht klar in konfrontativen Beziehungen zu den aus der Verbannung in Mittelasien zurückkehrenden Krimtataren: Diese sind entschiedene Gegner jeder Sezession der Krim unter prorussischen Vorzeichen. Sie sehen ihre Zukunft mehrheitlich im ukrainischen Staatsverband, auch wenn es mitunter (gänzlich unrealistische) Forderungen nach einer »tatarischen Krim« gibt. 1999 lebten bereits wieder rund 300 000 Krimtataren auf der Krim, was etwa 12% der Bevölkerung der Halbinsel entsprach. Als größtes Problem der Halbinsel gelten derzeit jedoch nicht die interethnischen Beziehungen, sondern Kriminalität und organisiertes Verbrechen.

<sup>42</sup> Die Verfassung der Krim vom 6.5.1992 z.B. in: Ju. A. Dmitriev/N. A. Michaleva (Zusammenstellung), *Novye Konstitucii stran SNG i Baltii. Sbornik dokumentov* [Die neuen Verfassungen der Länder der GUS und des Baltikums. Dokumentensammlung], Moskva 1994, S. 492–541.

<sup>43</sup> Vgl. dazu Taras Kuzio, *The Crimea and European Security*, in: *European Security*, 3 (1994) 4, S. 743–745.

## Sewastopol

In Rußland versuchte man nicht nur, der Ukraine das Recht auf die Krim abzusprechen, sondern auch – mit noch mehr Nachdruck – auf die strategisch wichtige Hafenstadt Sewastopol. Seit dem 7. Kongreß der Volksdeputierten Rußlands (Dezember 1992) beruft man sich immer wieder auf ein bis dahin wenig bekanntes Dekret, mit dem das Präsidium des Obersten Sowjets der Russischen Föderation (RSFSR) im Oktober 1948 (d.h. in der Stalinzeit) die Stadt zur »separaten administrativen und ökonomischen Einheit« erklärt hatte, warum sie infolgedessen »kein Teil der Krim« und daher auch nicht 1954 der USSR übergeben worden sei.<sup>44</sup> Bis 1991 hielt in der Sowjetunion allerdings niemand die Krim für eine Region der USSR und Sewastopol für einen Teil der RSFSR.

Bei den Ansprüchen auf Sewastopol und zeitweise auch auf die ganze Krim taten sich der Moskauer Bürgermeister Jurij Luschkow und sein nationalistischer Berater Konstantin Satulin besonders hervor. Der Oberste Sowjet Rußlands beschloß am 9. Juli 1993 mit großer Mehrheit eine Resolution, in der es hieß, daß Sewastopol »russischen föderalen Status« habe, aus dem russischen Budget zu finanzieren und »Hauptquartier einer einheitlichen Schwarzmeerflotte« sei.<sup>45</sup> Das bezeichnete der UNO-Sicherheitsrat noch im gleichen Monat als mit der UNO-Charta unvereinbar. Selbst Rußlands Präsident Boris Jelzin lehnte den Beschluß seines Parlaments ab und forderte eine »schrittweise und ruhige« Lösung des Problems – andernfalls »werden sie uns letztendlich befehlen, gegen die Ukraine Krieg zu führen«.<sup>46</sup> Allerdings bekräftigte Jelzin, daß er Sewastopol für eine russische Stadt hält.

Eigentlich sollten jegliche Gebietsansprüche russischer Amtsträger und Instanzen an die Ukraine durch zahlreiche bilaterale und multilaterale internationale

<sup>44</sup> Zu den russischen Versuchen, die Zugehörigkeit Sewastopols zur Ukraine mit »juristischen Argumenten« zu bestreiten, vgl. Galina Šinkareckaja, *Ostrov Sevastopol'* [Die Insel Sewastopol], in: *Novoe Vremja*, (1997) 1/2, S. 14f; Jekaterina Tšcherkassowa, *Sewastopol – ein Bestandteil der Ukraine. Zur administrativ-politischen Zuordnung der Stadt nach 1954*, Köln 1999 (Aktuelle Analysen des BIOst, Nr. 13/1999); *Sevastopol' de-jure* (Interview mit dem russischen Rechtsanwalt Boris Kusnezow), in: *Voin*, (1997) 1, S. 16f.

<sup>45</sup> Vgl. Suzanna Crow, *Russian Parliament Asserts Control over Sevastopol*, in: *RFE/RL Research Report*, 2 (1993) 31, S. 37–41; *The Ukrainian Quarterly*, 49 (1993) 2, S. 214f.

<sup>46</sup> Zitiert nach Fernseh-/Hörfunkspiegel (Presse- und Informationsamt der deutschen Bundesregierung), 10.7.1993, S. 21.

Vertragswerke ausgeschlossen sein. So wird die territoriale Integrität der Ukraine von Dokumenten der KSZE/OSZE geschützt, und in den Gründungsdeklarationen der GUS ist von der »Anerkennung und Achtung der territorialen Integrität eines jeden [Mitglieds] und der Unverletzlichkeit bestehender Grenzen« die Rede.<sup>47</sup> In Rußland hatten sich 1991/92 Stimmen erhoben, welche die territoriale Integrität der Ukraine von deren Verbleib in der UdSSR und dann in der GUS abhängig machen wollten. Diese Diskussion hat sich längst erübrigt – und zwar bereits deswegen, weil es keine irgendwie relevante politische Kraft in der Ukraine gibt, die den Austritt aus der GUS fordern würde.

Das erste Dokument, das die bilateralen Beziehungen der Ukraine und Rußlands (damals noch als Teilrepubliken der UdSSR) regelte, war der »Vertrag zwischen der Rußländischen Sowjetischen Föderativen Sozialistischen Republik und der Ukrainischen Sowjetischen Sozialistischen Republik« vom 10. November 1990. Darin versicherten sich die beiden Seiten der gegenseitigen Nichteinmischung (Präambel) und der Anerkennung der Unverletzbarkeit der zwischen ihnen bestehenden Grenzen (Art. 6). Das wurde dann in dem bis heute wichtigsten bilateralen Dokument wiederholt, dem »Vertrag über Freundschaft, Zusammenarbeit und Partnerschaft zwischen der Rußländischen Föderation und der Ukraine« vom 31. Mai 1997 (Art. 2 und 3). Luschkow nahm seine Ansprüche auf Sewastopol aber auch nach dem Abschluß dieses Vertrages nicht zurück. Die Stadt Moskau kümmert sich bis heute demonstrativ um die Schwarzmeerflotte, finanziert den Bau von Wohnhäusern in Sewastopol, Renovierungsarbeiten sowie Kindergärten und Bildungseinrichtungen.

## Die Schwarzmeerflotte

Die Ukraine erhob 1991/92 zunächst Anspruch auf die gesamte ehemals sowjetische Schwarzmeerflotte, doch wurde rasch klar, daß das wegen des Widerstandes des offiziellen Rußlands und eines Großteils des Flottenpersonals (das den Eid auf die Ukraine verweigerte) nicht umzusetzen war. In Rußland betonten Militärs (mit Verteidigungsminister General Pawel Gratschow

<sup>47</sup> Erklärung von Alma Ata über die Auflösung der Sowjetunion und die Schaffung der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS), von den Teilnehmerstaaten am 21. Dezember 1991 in Alma Ata (Kasachstan) verabschiedet, in: Europa-Archiv, 47 (1992) 8, S. D305.

an der Spitze) und zahlreiche Politiker sowie das Parlament immer wieder, daß eine »einheitliche Schwarzmeerflotte« schon wegen möglicher Bedrohungen durch die NATO und konkret die Türkei erhalten bleiben müsse. Die wirtschaftlich rasch schwächer werdende Ukraine konnte (beziehungsweise wollte) dem resolut auftretenden Rußland bei den folgenden, sich über Jahre hinziehenden Verhandlungen immer weniger Widerstand entgegensetzen. Das spiegelte sich auch in mehreren zwischen 1992 und 1994 unterzeichneten Teilungsabkommen wider, die Kiew einen immer geringeren Anteil an der Flotte zusprachen. Moskau machte Kiew auf ukrainischem Territorium offen Vorschriften, indem es den Marinestützpunkt von Sewastopol ganz für sich beanspruchte und einen Abzug der ukrainischen Flotte forderte. Darauf ließ sich Kiew aber nicht ein, so daß Sewastopol heute die Hauptquartiere sowohl der ukrainischen Marine wie auch der russischen Schwarzmeerflotte beherbergt.

Die endgültige Teilung der Schwarzmeerflotte und ihrer Infrastruktur erfolgte durch drei Abkommen, die am 28. Mai 1997 in Kiew unterzeichnet, dann von den Parlamenten der Ukraine und Rußlands ratifiziert wurden und am 12. Juli 1999 in Kraft traten. Ihnen zufolge wird die – derzeit in Modernisierung begriffene – russische Schwarzmeerflotte noch zumindest bis 2017 auf der Krim bleiben.<sup>48</sup> Russische Repräsentanten geben bereits jetzt klar zu verstehen, an einer Verlängerung überaus interessiert zu sein. Es unterliegt keinem Zweifel, daß Moskau so lange wie möglich auf der Krim präsent sein möchte, während Kiew an eine Übergangsperiode bis zu einem völligen Abzug des russischen Militärs glaubt. Die Anwesenheit einer so bedeutenden militärischen Kraft (nach verschiedenen Daten zwischen 16 000 und 20 000 Mann) wie der russischen Schwarzmeerflotte auf der Krim beeinflußt natürlich die dortige militärische, politische und ökonomische Lage im Sinne Moskaus.

<sup>48</sup> Art. 17 der Verfassung der Ukraine untersagt eigentlich ausländische Militärbasen auf dem Territorium des Landes. Punkt 14 der Übergangsbestimmungen zur Verfassung zufolge ist jedoch eine Aufrechterhaltung »existierender Militärbasen auf dem Gebiet der Ukraine zum provisorischen Aufenthalt von ausländischen militärischen Formationen unter den Bedingungen der Pacht und in einer Ordnung möglich, die von internationalen Verträgen der Ukraine bestimmt wird, die von der Obersten Rada der Ukraine ratifiziert werden« (zitiert nach V. F. *Opriško* [Vorsitzender des Redaktionskollegiums], Kommentar do konstytuciji Ukrajinjy [Kommentar zur Verfassung der Ukraine], Kyjiv 1996, S. 365).



## Fragen der Sicherung der Staatsgrenze

Die Grenzpolitik Rußlands ist nicht losgelöst vom Gesamtkontext der Politik Moskaus gegenüber der Ukraine zu betrachten; »technische« Fragen von Festlegung und Sicherung der Grenze interessieren Rußland hier (bestenfalls) in zweiter Linie. Moskau verzögert die Verhandlungen über Festlegung und Demarkation der ukrainisch-russischen Grenze bereits seit Jahren – wohl deswegen, weil die Vollendung dieses Prozesses die »endgültige Trennung der Ukraine und Rußlands symbolisieren« würde.<sup>49</sup> Moskau vertritt den eindeutig politisch und ideologisch motivierten Standpunkt, daß die Grenze – auch nach ihrer definitiven Festlegung – so durchlässig wie möglich sein und die beiden slawischen Völker »so wenig wie möglich teilen« solle. Das russische Außenministerium will nur eine Delimitation, aber keine Demarkation der Grenze zulassen, so daß sie weiterhin nur auf der Landkarte zu erkennen wäre. Dabei spielt offenkundig die Annahme eine Rolle, daß der »kleine Bruder« Ukraine ohnedies früher oder später zu Rußland zurückkehren wird, es daher nur wenig Sinn mache, sich jetzt mit Fragen der genauen Bestimmung und Befestigung einer gemeinsamen Grenze zu befassen.

Moskau setzt explizit auf eine »Strategie der zwei Grenzen«, nämlich »innere« zwischen GUS-Mitgliedern und »äußere« Grenzen zwischen zwei Staaten, von denen nur einer der GUS angehört. Rußland versucht somit (auch gegenüber der Ukraine), ein Konzept unterschiedlicher Qualität von Grenzen zu implementieren. Es würde gerne überhaupt nur die Außengrenzen der GUS – mit Ausnahme der baltischen Staaten die Grenzen der früheren UdSSR – vorzugsweise mit seinen eigenen Grenzsoldaten bewachen und die inneren Grenzen ohne jede Befestigungen und generell so durchlässig wie möglich halten. Denn »eine Fortsetzung der sowjetischen inneren administrativen Grenzen in der Form von ›inneren‹ GUS-Grenzen ... [würde es] Rußland erlauben, weiterhin

Einfluß und Druck auf andere GUS-Staaten auszuüben«.<sup>50</sup>

Das offizielle Kiew lehnt eine Unterscheidung zwischen Innen- und Außengrenzen der GUS ab und tritt für einen einheitlichen Status aller seiner Grenzen ein. In der Praxis bewacht die Ukraine ihre Grenzen zu Rußland aber erst seit Januar 1993. Von einer einseitigen Befestigung hat Kiew abgesehen. Ungeklärte Grenzen würden eine Beteiligung der Ukraine an westlichen Wirtschafts- und Sicherheitsorganisationen zweifellos behindern; es ist denkbar, das genau das in Rußlands Absicht liegt.

Gleichzeitig ist nicht zu übersehen, daß eine Demarkation der Grenze zu Rußland im Osten der Ukraine wie auch unter den prorussischen Linksparteien (vor allem der KPU) überaus unpopulär wäre. Demgegenüber verlangen die Parteien der Rechten Grenzbefestigungen auch und gerade an der Ost- und Nordgrenze der Ukraine, um Schmuggel (etwa von Waffen und Drogen) sowie illegale Migration zu erschweren. Sie verweisen darauf, daß etwa 90% der illegalen Immigranten und zwei Drittel der Schmuggelware in der Ukraine aus Rußland kommen.

Im November 2001 unterzeichneten die Ukraine und Rußland immerhin ein Protokoll über die Delimitation der Grenze von Belarus bis zum Asowschen Meer. Die dortige Seegrenze ist aber nach wie vor nicht fixiert. Kiew sieht für das Asowsche Meer eine eindeutige Grenzfeststellung zwischen der Ukraine und Rußland vor, so daß die jeweiligen ausschließlichen Wirtschaftszonen klar voneinander abgegrenzt wären. Moskau besteht hingegen auf dem Status eines Binnengewässers der beiden Anrainerstaaten ohne jede Delimitation; die vor Ort befindlichen Ressourcen sollten ausschließlich gemeinsam genutzt werden. Die Gründe dafür sind offenkundig: Rußland will verhindern, daß die Straße von Kertsch zwischen dem Asowschen Meer und dem Schwarzen Meer unter die alleinige Jurisdiktion der Ukraine fällt und das Asowsche Meer (wie es nach der UNO-Seerechtskonvention der Fall wäre) für die internationale

<sup>49</sup> Olga Alexandrova, Die Außenbeziehungen der Ukraine, in: Peter Jordan/Andreas Kappeler/Walter Lukan/Josef Vogl (Hg.), Ukraine. Geographie – Ethnische Struktur – Geschichte – Sprache und Literatur – Kultur – Politik – Bildung – Wirtschaft – Recht, Wien (Österreichische Osthefte, 42 [2000] 3/4), S. 697.

<sup>50</sup> Taras Kuzio, Russia Continues to Hold Up Border Demarcation with Ukraine. RFE/RL Newline – End Note, 30.10.2001 (online).

Schifffahrt zugänglich wird. Es fürchtet für diesen Fall, daß Kriegsschiffe dritter Staaten (und vor allem natürlich von NATO-Mitgliedern) diese Gewässer aufsuchen können. Zudem würde bei einer Delimitation der See-grenze im Asowschen Meer der größte Teil des Fest-landssockels mit seinen reichen Fischgründen und vermuteten Erdölvorkommen nach internationalen Kriterien der Ukraine zufallen.

Zwischen der Ukraine und Rumänien bestehen anhaltende Unstimmigkeiten in Grenzfragen, auch wenn die beiden Länder in einem Vertrag über gute Nachbarschaft und Zusammenarbeit (2. Juni 1997) eine Unverletzlichkeit der bestehenden Grenzen vereinbart haben. Strittig ist insbesondere die Bestimmung der beiden maritimen Wirtschaftszonen im Schwarzen Meer. Dabei geht es auch und gerade um die künftige Ausbeutung von Erdöllagerstätten (angeblich 10 Mio. Tonnen) und Erdgasvorkommen (10 Mio. Kubikmeter) bei der Schlangeninsel, die Rumänien kurz nach dem Zweiten Weltkrieg an die UdSSR abgetreten hatte. Bukarest forderte Kiew auf, Erdölbohrungen auf dem Schelf nahe der Schlangeninsel bis zu einer Delimitation der Grenze in dieser Region einzustellen, und propagiert eine gemeinsame Nutzung der Schlangeninsel. Zudem beansprucht Rumänien einige Inseln im Donaudelta, obwohl diese zu UdSSR gehört hatten. Die Ukraine hat jedoch die Übergabe von Territorien an Rumänien immer ausgeschlossen.

## Die Ukraine und die GUS

Die Ukraine hat zusammen mit Rußland und Belarus am 8. Dezember 1991 die GUS begründet,<sup>51</sup> die an die Stelle der für aufgelöst erklärten Sowjetunion trat. Allerdings zeigten sich rasch unterschiedliche Sichtweisen: In Kiew sah man die GUS eher als Mittel zur »zivilisierten Scheidung« der Teilrepubliken der UdSSR an, während viele maßgebliche russische Politiker sie als »Fortsetzung der Sowjetunion mit anderen Mitteln« betrachteten.<sup>52</sup> Moskau versucht – mit wechselndem Erfolg – bis heute, die GUS zur Aufrechterhaltung beziehungsweise Stärkung seines Einflusses in der ganzen früheren UdSSR zu instrumentalisieren. Es insinuiert mit seiner Differenzierung zwischen einem »Nahen Ausland« (den ehemaligen Sowjetrepubliken) und einem »Fernen Ausland« (allen anderen Staaten) letztlich zwei »Arten von Unabhängigkeit«.<sup>53</sup> Die Länder im Nahen Ausland besitzen aus vorherrschender russischer Sicht zwar »größere Souveränität, als sie als sozialistische Sowjetrepubliken hatten, doch weniger Unabhängigkeit als die Länder des »Fernen Auslands«.<sup>54</sup> Das schlägt sich auch in der dargestellten Moskauer Strategie der zwei Grenzen nieder.

Die offizielle Ukraine stand der – von Rußland forcierten – allzu engen politischen, wirtschaftlichen und militärischen Integration in der GUS stets mehr oder weniger reserviert gegenüber. So lehnte es Kiew ab, der GUS den Status eines Völkerrechtssubjekts zu verleihen. Zudem wollte die Führung der Ukraine bisher – trotz zahlreicher Aufrufe aus Rußland, des autoritär regierenden belorussischen Präsidenten Alexander Lukaschenka sowie der KPU – keinen Bei-

tritt zur Union Rußland–Belarus ins Auge fassen. Das erklären auch seriöse russische wissenschaftliche Publikationen mit Anstrengungen des Westens, der die Ukraine dem russischen Einfluß völlig entziehen und eine »Einheit der Slawen« verhindern wolle.<sup>55</sup>

In Rußland ist man auch angesichts des angeblich zu niedrigen Interesses der Ukraine an der GUS allgemein und konkret an der angestrebten militärischen Integration unzufrieden. Tatsächlich beteiligt sich die Ukraine an der militärischen Integration, auf die Moskau besonderen Wert legt, nur begrenzt. Am 10. Februar 1995 unterzeichnete sie zusammen mit den meisten anderen GUS-Staaten eine Vereinbarung über die Schaffung eines »Vereinigten Luftabwehrsystems der GUS«. Kiew hat aber real an dessen Arbeit nicht teilgenommen und auch auf wiederholte russische Anregungen, doch eine »gemeinsame« GUS-Luftabwehr aufzubauen (die de facto von Moskau kontrolliert würde), ablehnend reagiert. Dafür ist die Ukraine am Antiterror-Zentrum der GUS in Moskau beteiligt, dessen Gründung Mitte 2000 beschlossen wurde und das von einem russischen Geheimdienstgeneral geleitet wird. Es soll vor allem in Mittelasien tätig werden, und es nicht klar, worin das unmittelbare sicherheitspolitische Interesse der Ukraine an dieser Region bestehen soll. Die Ukraine nahm zwar immer wieder an Manövern und Übungen mit den Streitkräften Rußlands und anderer GUS-Staaten teil. Allerdings gehörte sie dem von Moskau intensiv propagierten Kernstück der militärischen GUS-»Integration«, dem eine Beistandsklausel enthaltenden »Vertrag über kollektive Sicherheit«, niemals an.

<sup>51</sup> Die Ukraine hat jedoch das Statut der GUS vom 22.1.1993 sowie ein Abkommen über die GUS-Flagge bis heute nicht unterzeichnet und betrachtet sich daher nicht als *Mitglied*, sondern lediglich als *Teilnehmerstaat* der GUS.

<sup>52</sup> Veronika Wendland, Die ukrainischen Länder von 1945 bis 1993, in: Frank Golczewski (Hg.), *Geschichte der Ukraine*, Göttingen 1993, S. 305.

<sup>53</sup> In Rußland räumten im Januar 1998 der stellvertretende Ministerpräsident Valerij Serow und GUS-Minister Anatolij Adamischin öffentlich ein, daß der Begriff »Nahes Ausland« mit der Anerkennung der vollen Unabhängigkeit der ehemaligen Sowjetrepubliken unvereinbar ist (der Verfasser dankt Hannes Adomeit [SWP] für diesen Hinweis). Er ist jedoch nach wie vor ein Bestandteil des russischen politischen Vokabulars.

<sup>54</sup> Kuzio, *Russia Continues to Hold Up* [Fn. 50].

<sup>55</sup> Vgl. z.B. Jurij Godin, *Vstupit li Ukraina v slavjanskij sojuz?* [Tritt die Ukraine der slawischen Union bei?], in: *Mirovaja Ekonomika i Meždunarodnye Otnošenija*, 45 (2001) 4, S. 104.

## Die Ukraine und die GUUAM

Der hinhaltende Widerstand der Ukraine gegen von Rußland geförderte militärische Integrationsbemühungen im postsowjetischen Raum findet seinen Ausdruck (auch) in der GUUAM. Ausgangspunkte für die Bildung dieser Gruppe waren:

- ▶ die Verhandlungen zum VKSE 1996 in Wien, als die Ukraine, Aserbaidschan, Georgien und Moldowa gemeinsam Position gegen eine von Rußland verlangte Revision der sogenannten »Flankenregelungen« (an der Peripherie des Vertragsgebiets) bezogen;
- ▶ das Erdölgeschäft vor allem in Aserbaidschan und, eng damit verbunden,
- ▶ das Projekt eines Transportkorridors (Neue Seidenstraße) zwischen Mittelasien und Europa unter Umgehung Rußlands. In dieser Angelegenheit taten sich 1996/97 zunächst die Ukraine, Aserbaidschan und Georgien zusammen.

Die Ukraine ist eindeutig die Führungsmacht der GUUAM. Ihr Interesse an dieser Gruppierung »wird zu einem großen Teil von dem Wunsch bestimmt, ihre Energie-Abhängigkeit von Rußland zu verringern, obwohl es auch breitere strategische Motive gibt. Die Ukraine hofft, ein wichtiges Bindeglied für das Energie-Transportnetzwerk im Kaspischen Raum zu werden.«<sup>56</sup> Im Oktober 1997 traten die Präsidenten Georgiens, der Ukraine, Aserbaidschans und Moldowas erstmals gemeinsam unter der Bezeichnung GUAM (nach den Anfangsbuchstaben der vier Länder) auf. Die Tatsache, daß der Beitritt Usbekistans am Rande des NATO-Jubiläumsgipfels in Washington im April 1999 erfolgte, löste in Rußland besonderen Ärger aus und schien – auch und gerade vor dem Hintergrund des Umstandes, daß kurz zuvor Aserbaidschan, Georgien und Usbekistan den »Vertrag über kollektive Sicherheit« nicht mehr verlängert hatten – aus Moskauer Sicht den bereits lange gehegten Verdacht zu bestätigen, daß die GUAM beziehungsweise nun GUUAM ein Trojanisches Pferd der NATO in der GUS sei und deren effektive Integration behindern solle.

<sup>56</sup> F. Stephen Larrabee, *Russia and Its Neighbours. Integration or Disintegration*, in: Richard L. Kugler/Ellen L. Frost (Hg.), *The Global Century. Globalization and National Security*, Bd. 2, Washington 2001, S. 866.

Eine Erklärung der Präsidenten der Ukraine, Georgiens, Usbekistans, Aserbaidschans und Moldowas vom 24. April 1999 in Washington hatte eine Entwicklung der Integration im Rahmen des EAPC und der PFF enthalten, aber die NATO reagierte sehr vorsichtig auf solche Avancen. Schon 1998 hatte sie es abgelehnt, die Beziehungen zur GUAM in einem Format »16+4« zu intensivieren – vermutlich, um nicht russische Empörung herauszufordern.

Die GUAM/GUUAM versammelte ursprünglich Staaten, die dem von Rußland ausgehenden Druck auf engere Integration in der GUS widerstehen wollten und eine Annäherung an den Westen suchten. Daher wird in Politik, Militär, Presse und Wissenschaft Rußlands (und Armeniens) die bloße Existenz der GUUAM seit Jahren ausschließlich negativ kommentiert. In Moskau würde man eine Auflösung der Gruppe zweifellos sehr begrüßen.

Die russische Beunruhigung steht allerdings in keinem Verhältnis zur realen Bedeutung der GUUAM. Sie ist weder ein Bündnis noch eine internationale Organisation, sondern lediglich ein Beratungsgremium. Es gibt nicht einmal ein Sekretariat oder ein anderes ständiges Führungsorgan; die Koordinationsstrukturen sind generell schwach ausgebildet. Die wirtschaftliche Kooperation zwischen den GUUAM-Mitgliedern ist trotz aller Deklarationen bescheiden geblieben, und die GUUAM war nie auch nur in Ansätzen in der Lage, ein Gegengewicht zum Vertrag über kollektive Sicherheit zu bilden oder den russischen Hegemonieansprüchen in der GUS entgegenzutreten.

Dazu kommt die mehr oder weniger komplizierte innere Lage sämtlicher Mitgliedsländer. Moldowa, Georgien und Aserbaidschan sind mit bewaffnetem Separatismus konfrontiert, und die Ukraine hatte, wie dargestellt, zumindest zeitweise auf der Krim ein Problem. Lediglich Usbekistan ist seiner territorialen Integrität relativ sicher, doch sah es sich von der Islamischen Bewegung Usbekistans und den Taliban in Afghanistan bedroht. Kutschma stellte Anfang Oktober 2001 klar, daß Taschkent im Bedarfsfall auf (weitere) Waffenlieferungen aus der Ukraine rechnen kann.

Die Verbindung von wirtschaftlichen Interessen und geopolitischen Konstellationen führte GUUAM

zwangsläufig in den sicherheitspolitischen Bereich.<sup>57</sup> Allerdings hielt Kutschma Mitte 2001 fest, daß sich die GUUAM nicht einmal langfristig das Ziel setzt, eine militärpolitische Allianz zu werden. Die Ukraine beabsichtige nicht, »gegen ihren strategischen Partner Rußland zu arbeiten«.<sup>58</sup> Das sollte offenbar die anhaltende Moskauer Kritik an der GUUAM besänftigen. Moldowa war schon vor dem Wahlsieg der prorussischen Kommunisten bei den Parlamentswahlen im Februar 2001 kaum an einer engeren sicherheitspolitischen Zusammenarbeit im Rahmen der GUUAM interessiert. Ein gemeinsames Peacekeeping-Bataillon der GUUAM für Einsätze von UNO oder OSZE sowie einer Einheit für den Schutz von Pipelines in Aserbaidshan und Georgien wird zwar seit Jahren diskutiert und vorbereitet, doch läßt die Verwirklichung auf sich warten. Im Juni 2002 legte Usbekistan seine Mitgliedschaft in der Organisation still.

<sup>57</sup> Rainer Freitag-Wirminghaus, Die Staatengemeinschaft GUUAM: Neuer Aufbruch oder langsamer Niedergang?, in: *Orient*, 42 (2001) 2, S. 269.

<sup>58</sup> Zitiert nach *MIC*, *Unian*, (4.-10.6.2001) 23, S. 7.

## Sicherheitspolitische Aspekte der Beziehungen zwischen der Ukraine und der EU

Am 16. Juni 1994 unterzeichnete die Ukraine als erster GUS-Staat ein Partnerschafts- und Kooperationsabkommen mit der EU, das am 1. März 1998 in Kraft trat. Am 11. Dezember 1999 wurde – analog zur »Gemeinsamen Strategie« der EU gegenüber Rußland vom Juni 1999 – eine »Gemeinsame Strategie« der EU gegenüber der Ukraine verabschiedet, die gemeinsame Anstrengungen zur Aufrechterhaltung von Stabilität und Sicherheit in Europa postuliert. Diese Dokumente sehen die Möglichkeit der Teilnahme Rußlands und der Ukraine an Operationen zur Erfüllung von Petersburg-Aufgaben<sup>59</sup> vor. Kutschmas Erlaß »Über die Bestätigung der Integrationsstrategie der Ukraine in die Europäische Union« vom 11. Juni 1998 nannte unter den Bereichen, in denen eine Annäherung an die EU vorangetrieben werden sollte, auch eine Einordnung der Ukraine in den Kontext der gesamteuropäischen Sicherheit. Zusammenarbeit in militärischen Fragen wurde dagegen nicht erfaßt. Ein weiterer Kutschma-Erlaß vom 11. Januar 2001 beinhaltete dann jedoch die Möglichkeit einer Beteiligung der Ukraine an der GASP der EU und konkret an ihrer militärischen Komponente.

Kiew hat seine Vorschläge in diesem Bereich beim Gipfel Ukraine–EU im September 2000 in Paris präsentiert. Auf den EU-Gipfeln in Nizza (Dezember 2000) und Göteborg (Juni 2001) wurde insbesondere die Berücksichtigung der Ukraine bei zivilen Aspekten von künftigen EU-Operationen in Krisensituationen diskutiert. Bei einem Treffen Ukraine–EU im September 2001 in Jalta unterstützte Brüssel die zwischen der Ukraine und Polen erreichte Übereinkunft über die Heranziehung ukrainischer Einheiten zu einer polnischen Brigade, die für Einsätze im EU-Rahmen gedacht ist. Zudem stellte die EU in Aussicht, die Nutzung von ukrainischen Transportflugzeugen bei ihrer in Aufstellung begriffenen Schnellen Eingreiftruppe von 60 000 Mann zu prüfen.<sup>60</sup> Bereits 1997 war das Dokument

»Kooperation zwischen der Ukraine und der WEU im Bereich des Langstrecken-Lufttransports« unterzeichnet worden. Die Ukraine hat immer wieder ihre einschlägigen Fähigkeiten bewiesen. So brachten Großraum-Transportflugzeuge der Typen An-225 und An-124 im Rahmen der Friedensoperation nach dem Sturz des Taliban-Regimes (November 2001) Güter aus Deutschland nach Zentralasien.

Der Vorsitzende der Staatskommission für Fragen der Rüstungsindustrie, Wolodimir Horbulin, erklärte die Bereitschaft der Ukraine zum Anschluß an ein regionales europäisches Raketenabwehrsystem. In ein solches könnte die Ukraine etwa die beiden Radarstationen in Mukatschewo und Sewastopol einbringen, die in sowjetischer Zeit zur Ortung von Startballistischer Raketen auf anderen Kontinenten gebaut wurden.<sup>61</sup> Bei einem Besuch in Großbritannien im September 2001 meinte Verteidigungsminister Kuskum, die Ukraine sei bereit, auch Soldaten für die geplante EU-Eingreiftruppe zur Verfügung zu stellen. Konkret nannte er ein luftmobiles Bataillon aus dem Kommandobereich »Westen«, eine Hubschrauberstaffel des 7. Geschwaders der Armeeluftwaffe sowie eine Staffel Militär-Transportflugzeuge vom Typ Il-76. Zudem könne die EU-Truppe auf dem westukrainischen Truppenübungsplatz Jaworiw trainieren, den die NATO bereits benutzt hat.<sup>62</sup>

Allerdings dürfte sich die geplante EU-Eingreiftruppe vorwiegend auf NATO-Strukturen stützen. Daher ist denkbar (wenn nicht wahrscheinlich), daß mit einem wachsenden ukrainischen Engagement in EU-Militärstrukturen auch die russische Kritik zunehmen wird. Es ist nicht klar, inwieweit dieser Faktor für den Umstand verantwortlich ist, daß Brüssel die militärpolitischen Avancen Kiews bisher zurückhaltend aufgenommen hat. Insgesamt bleibt »der Grad der institutionalisierten Zusammenarbeit der Ukraine mit der EU im Sicherheitsbereich bisher hinter der Kooperation der Ukraine mit der NATO zurück«.<sup>63</sup>

<sup>59</sup> Dabei handelt es sich um: Humanitäre und Rettungsaufgaben, Peacekeeping und Kampfeinsätze für Krisenmanagement (darunter Peacemaking).

<sup>60</sup> Rostislav Demčuk/Natalja Wikulina, Anatolij Zlenko: My nastavaem na otkrytosti Al'jansa dlja vsech evropejskich gosudarstv [Anatolij Zlenko: Wir bestehen auf Offenheit der Allianz für alle europäischen Staaten], in: Den', 7.12.2001, S. 3.

<sup>61</sup> Michail Sokolovskij, Konec strategičeskogo ravnovesija [Das Ende des strategischen Gleichgewichts], in: Zerkalo Nedeli, 22.12.2001, S. 5.

<sup>62</sup> Nach Interfax Ukraine, (13.9.2001) 3, S. 5; National Security & Defence, (2001) 9, S. 5.

<sup>63</sup> Leonid Polyakov/Mykola Sungurovskiy, European Security:

Die EU hat in der Ukraine viel höhere Sympathiewerte als die NATO. Offenbar ist die »europäische Wahl«, von der Kiewer Offizielle gerne sprechen, auch für die »russischsprachigen« Bevölkerungsteile akzeptabel. Allerdings will die EU bisher nichts von einer Beitrittskandidatur der Ukraine wissen, obwohl eine solche – wie Kiew (durchaus plausibel) stets versichert – die beste Sicherung der Unabhängigkeit (gemeint: gegenüber Rußland) wäre. Die generelle Zurückhaltung Brüssels gegenüber Kiew hat in der politischen Klasse der Ukraine bereits zu einiger Frustration geführt und dürfte in Moskau als westliches Desinteresse an der Ukraine interpretiert werden, das man im russischen Sinne ausnutzen könnte.

Der »russische Faktor« ist auch bei der Untersuchung der Europapolitik der Ukraine von zentraler Bedeutung. Es fällt auf, daß Rußland die EU-Beitrittsbestrebungen Kiews kaum kommentiert: Offenbar ist sich Moskau dessen bewußt, daß die Ukraine der EU noch geraume Zeit nicht angehören wird (können). Rußland selbst strebt keine Mitgliedschaft in den existierenden westeuropäischen Organisationen zur Integration in den Bereichen Wirtschaft und Sicherheit an. Sein Selbstverständnis schließt eine derartige Ein- und Unterordnung bei Übernahme bestehender Regelungen und Standards aus. Der ehemalige stellvertretende Außenminister und nunmehrige stellvertretende Direktor des Europainstituts der Rußländischen Akademie der Wissenschaften, Iwan Iwanow, formulierte: »Rußland hat nicht die Absicht, der EU beizutreten. Mächte dieser Größenordnung treten nicht fremden Bündnissen bei, sondern bilden eigene.«<sup>64</sup> Das rekurriert auf die GUS, die Moskau – mit wechselndem Erfolg – von westlichem (vor allem amerikanischem) Einfluß möglichst abschirmen will. Rußland betrachtet die EU und ihre Mitglieder streng pragmatisch als Modernisierungs- und Wirtschaftspartner, von denen es Kapital (in Form von Investitionen, Wirtschaftshilfe oder Krediten) bezieht und an die es Rohstoffe (vor allem Energieträger) verkauft; das bringt harte Währung und schafft Abhängigkeiten. In der NATO wollte Rußland ein breites Mitspracherecht (bis hin zu einem Veto) mit möglichst wenigen eigenen Verpflichtungen eingeräumt erhalten. Dieser Zielkatalog resultiert aus Moskaus Anspruch auf Groß- oder sogar Supermacht-

status – ungeachtet des Umstandes, daß Rußland in etwa über die Wirtschaftsleistung Hollands verfügt.

Der Slogan »Zusammen mit Rußland nach Europa« ist in der politischen Elite der Ukraine – vor allem in der Präsidialadministration, dem inoffiziellen Zentrum ihres politischen Systems – offenbar recht populär. Er negiert allerdings den Umstand, daß Rußland bei seinem »Weg nach Europa« völlig andere Ziele (siehe oben) anstrebt als die Ukraine jahrelang zu verfolgen behauptet hat. Sie wird daher der Frage nicht ausweichen können, ob sie selbst in Richtung EU gehen will – oder (mit allen daraus resultierenden Konsequenzen für einen einigermaßen eigenständigen innen-, außen- und wirtschaftspolitischen Kurs) von Rußland gebildeten und dominierten Strukturen zur Integration in der GUS angehören will. Beides zugleich dürfte ausgeschlossen sein.

Zeitweise schien es, als habe sich die politische Klasse der Ukraine für die Anlehnung an Rußland entschieden, was natürlich die offiziell verkündete Diversifizierung der Außenbeziehungen Kiews signifikant relativieren würde. Anlässe dafür waren etwa die Entlassung von Außenminister Boris Tarasjuk Ende September 2000 oder die Politik Kutschmas gegenüber der von Rußland forcierten Eurasischen Wirtschaftsgemeinschaft, der noch Belarus, Kasachstan, Kirgisien und Tadschikistan angehören. Rußland ist Ministerpräsident Michail Kasjanow zufolge angeblich bereit, für eine Mitgliedschaft Kiews in dieser Vereinigung auf jährliche Einnahmen aus der Mehrwertsteuer für Erdöl- und Gasexporte in die Ukraine in der Höhe von 170 Mio. Dollar zu verzichten. Allerdings ist Rußland an sich nicht durch uneigennütziges Geldgeschenke an das (und sei es »Nahe«) Ausland bekannt. Daher liegt es nahe, daß Moskau sich konkreter geopolitischer Dividenden gewiß ist, welche die vergleichsweise geringen finanziellen Einbußen mehr als kompensieren. Tatsächlich besteht kaum ein Zweifel, daß eine Mitgliedschaft der Ukraine in der Eurasischen Wirtschaftsgemeinschaft eine (weitere) Einengung der (wirtschafts)politischen Bewegungsfreiheit gegenüber Rußland nach sich zöge.

Der für die europäische Integration zuständige Staatssekretär im ukrainischen Außenministerium, Olexandr Tschalyj, meinte Mitte April 2002, daß die Ukraine in der Eurasischen Wirtschaftsgemeinschaft ihre gesamte, auf einen EU-Beitritt ausgerichtete Außenpolitik revidieren müßte. Tschernomyrdin reagierte mit heftiger Kritik und sprach Tschalyj das Recht ab, sich zu dieser Frage zu äußern. Allerdings kann ein Staat – wie auch von Außenminister Anatolij

New Threats – Old Responses?, in: National Security & Defence, (2001) 9, S. 24.

<sup>64</sup> Iwan Iwanow, In der EU fehlt es an Weitblick, in: Die Zeit, 18.1.2001, S. 2.

Slenko betont – sinnvoll nicht mehr als einer Zollunion gleichzeitig angehören. Dennoch entschied Kutschma, daß die Ukraine der Eurasischen Wirtschaftsgemeinschaft zunächst als Beobachterin (seit Mai 2002) beitreten soll – mit der Perspektive einer Vollmitgliedschaft. Damit wäre der (ohnedies nicht einfache) Gang in die EU weiter erschwert, wenn nicht vorerst unmöglich gemacht.



## Die Ukraine und die NATO

Während der Präsidentschaft Krawtschuks (1991–94) opponierte das offizielle Kiew kaum oder gar nicht gegen die international bereits breit diskutierte Möglichkeit einer NATO-Osterweiterung.<sup>65</sup> Mit der Wahl Kutschmas (1994), der zunächst als Kandidat Moskaus galt, wurde die Einstellung gegenüber der Allianz spürbar kritischer. Die Begründung dafür lautete, daß die Ukraine nicht in eine sicherheitspolitische Grauzone oder Pufferzone zwischen der NATO und den Mitgliedsländern des erwähnten GUS-Vertrages über kollektive Sicherheit geraten solle. Allerdings setzte dann wieder ein Umdenken ein, und inzwischen betrachtet das offizielle Kiew die NATO-Erweiterung als »Ausdehnung einer Zone von Sicherheit, Stabilität und Demokratie in Europa«.<sup>66</sup> Das ukrainische Außenministerium stellt lediglich folgende Bedingungen: Die Territorien neuer NATO-Mitgliedsländer müssen atomwaffenfrei bleiben, und es darf zu keinen wie auch immer gearteten territorialen Ansprüchen in Ostmitteleuropa kommen (beides findet sich auch in der »Charta über eine besondere Partnerschaft« von 1997; siehe unten). Eine Entwicklung der Beziehungen zur NATO erhöhe das »Niveau der Garantien der politischen Unabhängigkeit, territorialen Integrität und Unverletzlichkeit der Grenzen der Ukraine«.<sup>67</sup> Da all das theoretisch nur von Rußland in Frage gestellt werden könnte, ist auch ohne dessen ausdrückliche Nennung klar, daß das offizielle Kiew die NATO als eine Art »Gegengewicht« zu Moskau betrachtet. So urteilte Taras Kuzio<sup>68</sup>, daß die ukrainische Führung immer dann, wenn sie (Gegen-)Druck auf Rußland ausüben wolle, die NATO-Karte ausspiele. Auf diese

<sup>65</sup> Krawtschuk ist heute Abgeordneter der Obersten Rada, einer der führenden Politiker der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei und tritt für einen NATO-Beitritt der Ukraine ein (so in einem Gespräch mit dem Verfasser, 6.9.2000 in Kiew).

<sup>66</sup> Ministerstvo zakordonnych sprav Ukrainy: Spivrobotnyctvo Ukrainy z NATO [Außenministerium der Ukraine: Die Zusammenarbeit der Ukraine mit der NATO]. Internet-Dokument: [www.mfa.gov.ua/diplomacy/?organization/nato.html](http://www.mfa.gov.ua/diplomacy/?organization/nato.html), abgerufen 15.11.2001.

<sup>67</sup> Ebd.

<sup>68</sup> Ehemals Direktor des Informations- und Dokumentationszentrums der NATO in Kiew, jetzt am Centre for Russian and East European Studies der University of Toronto (Kanada).

Weise sei es Kiew gelungen, Moskau 1997 zur Unterzeichnung des Vertrages über Freundschaft, Zusammenarbeit und Partnerschaft zu bewegen.<sup>69</sup> Umkehrt spielt auch die Ukraine für die NATO eine erhebliche (allgemein vermutlich aber unterschätzte) Rolle, die der sicherheitspolitische Analytiker F. Stephen Larrabee wie folgt beschrieb: »Eine unabhängige Ukraine wirkt als strategische Schlüsselbarriere zwischen Rußland und dem Westen. Wenn diese Barriere verschwinden sollte, müßte die NATO ihre Verteidigungsplanung revidieren.«<sup>70</sup>

Seit dem NATO-Beitritt Ungarns und Polens 1999 grenzt die Ukraine unmittelbar an die Allianz. Warschau ist besonders an einer unabhängigen und stabilen Ukraine interessiert, auch wenn (oder weil) historische Belastungen der bilateralen Beziehungen in beiden Ländern keineswegs vergessen sind.

### Die »Partnerschaft für den Frieden« (Pff)

Die Ukraine hat das Rahmendokument der Pff als erstes GUS-Land am 8. Februar 1994 unterzeichnet. Im September 1995 folgte ein individuelles Partnerschaftsprogramm, und im gleichen Jahr sandte die Ukraine ihre ersten Verbindungsoffiziere zur sogenannten Partnerschafts-Koordinationszelle der NATO in Mons (Belgien). Die Ukraine erwies sich (ungeachtet Moskauer Kritik) als eines der aktivsten Pff-Mitglieder; ihre Aktivitäten übertreffen die Rußlands bei weitem. So nahm sie im Zeitraum 1994–2000 an über 80 Truppenübungen im Rahmen und »im Geist« der Pff teil. Erwähnenswert ist insbesondere »Cooperative Partner 2000« im Rahmen der erweiterten Pff in der Ukraine, das größte Manöver, das die NATO bis dahin in einer ehemaligen Sowjetrepublik abgehalten hat. Die Ukraine ist auch Mitglied des Euro-atlantischen Partnerschaftsrates EAPC (bis 1997 NACC), der das politische Dach der Pff darstellt.

<sup>69</sup> Vgl. Taras Kuzio, Ukraine and NATO: The Evolving Strategic Partnership, in: *The Journal of Strategic Studies*, 21 (1998) 2, S. 7.

<sup>70</sup> Vgl. F. Stephen Larrabee, Ukraine's Balancing Act, in: *Survival*, 38 (1996) 2, S. 145.

## Die »Charta über eine besondere Partnerschaft«

Dieses Dokument wurde beim NATO-Gipfel am 9. Juni 1997 in Madrid (der über die erste Runde der Osterweiterung des Bündnisses entschied) unterzeichnet.<sup>71</sup> Es legt Grundsätze der Entwicklung der Beziehungen sowie Bereiche für Konsultationen und Zusammenarbeit zwischen der NATO und der Ukraine fest. Zudem erklären die NATO-Länder Souveränität, Unabhängigkeit und territoriale Integrität der Ukraine zu unterstützen. Das Dokument enthält für den Fall einer Bedrohung der Ukraine nur einen Hinweis auf auszuarbeitende Konsultationsmechanismen, aber weder Sicherheitsgarantien der Allianz noch die Eröffnung einer Beitrittsperspektive. Zudem ist die Charta politisch weit weniger bedeutend als der »Gründungsakt über gegenseitige Beziehungen, Kooperation und Sicherheit zwischen der NATO und der Rußländischen Föderation« vom 27. Mai 1997.<sup>72</sup>

## Sonstige Aspekte der Zusammenarbeit

1997 wurde ein Informations- und Dokumentationszentrum der NATO in Kiew eröffnet. Im März 2000 tagte der Nordatlantikrat in Kiew und damit erstmals in einer Republik der früheren UdSSR. Ende Januar 2001 bestätigte Kutschma per Erlaß das »Staatliche Programm der Zusammenarbeit der Ukraine mit der Organisation des Nordatlantikvertrages (NATO) für den Zeitraum 2001–2004«. Es ist die Fortsetzung des ersten einschlägigen Programms der Jahre 1998–2000 und sieht eine Stärkung der Zusammenarbeit mit der NATO in folgenden Bereichen vor: Militärreform, Rüstungstechnik, Planung in zivilen Krisensituationen und Vorbereitung auf Naturkatastrophen, Wissenschaft und Technologie, Rüstungswirtschaft und Konversion, Standardisierung und Kompatibilität von Waffensystemen, Nutzung des Luftraums.

Die laufende Zusammenarbeit der Ukraine mit der NATO umfaßt (von der Pff abgesehen) unter anderem: Peacekeeping (ukrainische Soldaten nehmen an den von der Allianz geführten Friedensoperationen auf dem Balkan teil – SFOR in Bosnien-Herzegowina, KFOR

im Kosovo), Militärreform, »Planning and Review Process« (der die Interoperabilität mit der NATO im Hinblick auf gemeinsame Operationen verbessern soll), Rüstungstechnik, Beseitigung der Folgen von zivilen Notfallsituationen, Wirtschaft (darunter ökonomische Sicherheit), Wissenschaft, Information (Austausch von Delegationen usw.), Raumfahrttechnik, Standardisierung und Meteorologie, Luftverkehr, Zusammenarbeit auf der Ebene der Parlamente usw.<sup>73</sup>

## Öffentliche Meinung

Rußland hat bisher jede Annäherung Kiews an die NATO entschieden abgelehnt und die Allianz verdächtigt, die Ukraine als Mitglied aufnehmen zu wollen.<sup>74</sup> Damit praktisch identisch sind die Position der KPU und die Mehrheitsmeinung in der Bevölkerung im Osten und Süden der Ukraine. Meinungsumfragen zeigen eine eindeutige Korrelation zwischen der Gegnerschaft zu einer Annäherung an die NATO einerseits und andererseits nostalgischem Rückblick auf die sowjetische Vergangenheit, Ablehnung der politischen Umgestaltungen wie auch der Unabhängigkeit der Ukraine, was mit dem Wunsch nach »Wiedervereinigung« mit Rußland (und Belarus) einhergeht. Dabei handelt es sich um das Wählersegment der Kommunisten und anderer Linksparteien. Dieser Stand der Dinge läßt sich zumindest zum Teil mit dem nach wie vor starken Einfluß russischer Medien (konkret des Fernsehens), welche die NATO negativ und als Gefahr darstellen, auf die öffentliche Meinung in der Ukraine erklären.

Das militärische Vorgehen der NATO gegen Jugoslawien im Frühjahr 1999, mit dem die Massenvertreibungen der Kosovo-Albaner gestoppt werden sollten (Unternehmen »Allied Force«), wurde in der Ukraine überwiegend mehr oder weniger entschieden

<sup>73</sup> The NATO Handbook, Brüssel 1998, S. 104; Ministerstvo zakordonnnych sprav Ukrainy: Spivrobotnyctvo Ukrainy z NATO [Fn. 66].

<sup>74</sup> Vgl. dazu z.B. Arkadij Mošes, Vnutripolitičeskoe razvitie i vnešnjaja politika Ukrainy v 1991–1995 gg. [Die innenpolitische Entwicklung und die Außenpolitik der Ukraine in den Jahren 1991–1995], Moskva 1996, S. 49–52; ders., Ukraine and Russia: A Chronic Crisis, in: Kurt R. Spillmann/Andreas Wenger/Derek Müller (Hg.), Between Russia and the West: Foreign and Security Policy of Independent Ukraine, Bern/Berlin/Brüssel u.a.: Center for Security Studies and Conflict Research (ETH Zürich), 1999, S. 260f; Dmitriy Danilov, Ukraine's Co-operation with NATO: Are There Any Grounds for Concern? A View from Moscow, in: National Security & Defence, (2000) 8, S. 58–63.

<sup>71</sup> Text der Charta in: NATO Brief, 45 (1997) 4, S. 5f.

<sup>72</sup> Einen Vergleich der beiden Dokumente bringt Olga Alexandrova, Die Partnerschaft NATO–Ukraine, Köln 1997 (Aktuelle Analysen des BIOst, Nr. 44/1997), S. 3–5; dies., Die Charta NATO–Ukraine: Euro-atlantische Einbindung Kyivs, in: Aussenpolitik, 48 (1997) 4, S. 329–332.

abgelehnt. Die Oberste Rada verurteilte »Allied Force« als »Aggression«, und auch die an sich NATO-freundlichen Rechtsparteien übten Kritik.<sup>75</sup> Die linken Fraktionen mit den Kommunisten an der Spitze forderten – unterstützt vom Radavorsitzenden Olexandr Tkatschenko (der sich damals gerade als Präsidentschaftskandidat ins Spiel bringen wollte) – einen völligen Abbruch der Beziehungen zur Allianz und nutzten die Gelegenheit, um gegen die als »prowestlich« verunglimpft offizielle außenpolitische Linie Kiews Stimmung zu machen und die Annäherung an Rußland zu propagieren.

### Beitrittsperspektiven?

Ein NATO-Beitritt setzt einen entsprechenden weitgehenden Konsens in der politischen Klasse wie auch in der Bevölkerung voraus. Ein solcher ist in der Mehrheit der ostmitteleuropäischen Staaten gegeben, doch derzeit nicht in der Ukraine.<sup>76</sup> Meinungsumfragen weisen bereits seit Jahren das gleiche Bild aus: Die Eliten stehen einer (theoretischen) NATO-Mitgliedschaft des Landes weit aufgeschlossener gegenüber als die Gesamtbevölkerung, und die ethnischen Ukrainer beurteilen die NATO durchschnittlich positiver als die Vertreter der starken russischen Minderheit. Damit korrespondierend nimmt die Zustimmung zu einem NATO-Beitritt vom Westen zum Osten des Landes hin stark ab.

Allerdings dürfte die Allianz, selbst wenn ein innenpolitischer und gesellschaftlicher Konsens in der NATO-Frage erzielt werden könnte, die Ukraine nicht aufnehmen, um die Beziehungen zu Rußland nicht zu belasten: Moskau warnte immer wieder besonders eindringlich vor einer NATO-Mitgliedschaft früherer Sowjetrepubliken und sprach zeitweise von einer »roten Linie«, welche der Nordatlantikpakt nicht überschreiten dürfe. Dazu kommt, daß allein schon die Präsenz der russischen Schwarzmeerflotte auf der Halbinsel Krim geeignet wäre, einen NATO-Beitritt der

Ukraine wirksam zu verhindern.<sup>77</sup> Davon abgesehen ist wenig wahrscheinlich, daß die Ukraine die Bedingungen der NATO an Beitrittskandidaten in der näheren Zukunft erfüllen könnte: zivile und demokratische Kontrolle über das Militär; Transparenz von Verteidigungsplanung und -budgetierung; Achtung von demokratischen Prinzipien, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechten; Leistung eines Beitrags für die Sicherheit der Allianz; keine territorialen Streitigkeiten mit Nachbarländern.

Eine zu NATO-freundliche Politik kostete Tarasjuk, wie erwähnt, das Amt des Außenministers. Sein Nachfolger Slenko meinte einige Wochen später, daß zu einer ukrainischen Mitgliedschaft im Bündnis »weder die Ukraine noch die NATO bereit sind«.<sup>78</sup> Um so überraschender war, daß der Rat für nationale Sicherheit und Verteidigung am 23. Mai 2002 den Entwurf eines (zunächst nicht veröffentlichten und noch bis November 2002 fertigzustellenden) Programms billigte, das die Ukraine in die NATO führen soll. Die zeitliche Nähe zur Unterzeichnung der »Deklaration der Staats- und Regierungschefs der NATO-Mitgliedstaaten und der Rußländischen Föderation« (28. Mai 2002), welche den »NATO-Rußland-Rat« begründete, war kaum zufällig. Kutschma begrüßte diese Annäherung. Offenbar herrscht in Kiew die Ansicht vor, daß ein besseres Verhältnis zwischen der Allianz und Moskau bei Bemühungen um eine bessere Anbindung der Ukraine an den Westen nützlich sein kann.

In der Ukraine verliefen die Reaktionen auf die NATO-Initiative der Führung entlang der bekannten Bruchlinien – die Nationaldemokraten begrüßten sie, die KPU lehnte sie ab. In Rußland war aus der Sicht der außen- und sicherheitspolitische Analyse dominierenden Geopolitiker ein »Alptraum ... Realität geworden«;<sup>79</sup> folglich stieß das ukrainische Vorgehen naturgemäß auf Kritik. Eine Moskauer Zeitung urteilte, daß die »Wut Moskaus für die ukrainische Elite vernichtend sein« könne.<sup>80</sup> Allerdings fielen die offiziellen russischen Kommentare insgesamt überraschend milde aus. Das könnte damit zu tun haben, daß man in Moskau – zu Recht – einen NATO-Beitritt

<sup>75</sup> Vgl. Margot Light/Stephen White/John Löwenhardt, A Wider Europe: The View from Moscow and Kyiv, in: *International Affairs*, 76 (2000) 1, S. 84f.

<sup>76</sup> Vgl. Natal'ja Vikulina, Evgenij Marčuk: Faktor »allergii na NATO« v Ukraine možet učityvat'sja. No on ne možet byt' osnovoj dlja prinjatija rešenij [Jewgenij Martschuk: Der Faktor der »NATO-Allergie« in der Ukraine kann berücksichtigt werden. Aber er kann nicht Grundlage für das Treffen von Entscheidungen sein], in: *Den'*, 17.4.2002, S. 1.

<sup>77</sup> Vgl. Nikolaj Savčenko, Anatomija neob'javlennoj vojny [Anatomie eines unerklärten Krieges], Kyjv 1997, S. 325.

<sup>78</sup> Demčuk/Vikulina, Anatolij Zlenko [Anm. 60].

<sup>79</sup> Fedor Luk'janov, Ukraina darit sebja NATO [Die Ukraine schenkt sich der NATO], in: *Vremja Novostej*, 24.5.2002 (online).

<sup>80</sup> Gennadij Petrov, Spaset li NATO ot kompromata? [Rettet die NATO vor kompromittierenden Informationen?], in: *Moskovskie Novosti*, (2002) 20 (online).

der Ukraine für keine Angelegenheit der näheren Zukunft hält. Dagegen könnte der von Kutschma in Aussicht gestellte ukrainische Beitritt zur Eurasischen Wirtschaftsgemeinschaft Rußland konkrete geopolitische Dividenden eintragen.

## Peacekeeping

Die Geschichte der ukrainischen Teilnahme an Peacekeeping-Operationen begann mit dem Beschluß der Verordnung »Über die Teilnahme von Bataillonen der Streitkräfte der Ukraine an Peacekeeping-Kräften der Organisation der Vereinten Nationen in Konfliktzonen auf dem Territorium des früheren Jugoslawien« durch die Oberste Rada am 3. Juli 1992. Um die gleiche Zeit wurde das erste ukrainische Peacekeeping-Kontingent von 550 Mann zusammengestellt und in das frühere Jugoslawien verlegt.

In den ukrainischen Streitkräften sind die Einsätze als UNO-Soldaten angesichts eines gesicherten Monatslohns von 500 US-Dollar naturgemäß sehr begehrt. Ende 2001 stellte die Ukraine 1658 Militärangehörige in zehn UNO-Friedensmissionen:<sup>81</sup> im Libanon (UNIFIL), in Tadschikistan (UNMOT), Bosnien-Herzegowina (UNMIBH), Prevlaka/Kroatien (UNMOP), im Kosovo (UNMIK), in Sierra Leone (UNAMSIL), der Demokratischen Republik Kongo (MONUC), in Osttimor (UNTAET), Äthiopien/Eritrea (UNMEE) und Afghanistan/Pakistan (UNSMA). Die stärkste Präsenz zeigt die Ukraine im Libanon, wo seit Juli 2000 650 Soldaten des 3. Ingenieurbataillons mit 240 Fahrzeugen aktiv sind, und in Sierra Leone (524 Soldaten mit mehr als 500 Fahrzeugen, zudem die 20. Hubschrauberstaffel mit 110 Mann).<sup>82</sup>

1997 hatten die Ukraine und das nunmehrige NATO-Mitglied Polen die Schaffung eines gemeinsamen Peacekeeping-Bataillons (UKRPOLBAT) fixiert, das seit August 2000 im Rahmen der KFOR im Einsatz steht. Das war zum damaligen Zeitpunkt die einzige gemischte Einheit ihrer Art mit ukrainischer Betei-

ligung. 2001 betrug der ukrainische Anteil an UKRPOLBAT 267 Mann, vier Verbindungsoffiziere im KFOR-Stab plus 66 Angehörige der 14. Hubschrauberstaffel. Es handelt sich ausschließlich um Freiwillige.

Zudem nimmt die Ukraine an den OSZE-Missionen in Georgien, Aserbaidschan (Berg-Karabach), Bosnien-Herzegowina, Kroatien und Kosovo teil. Die Friedensmissionen in der GUS<sup>83</sup> – Dnjestr-Gebiet (Moldowa), Abchasien und Südossetien (beide Georgien) sowie Tadschikistan<sup>84</sup> – kommen dagegen ohne ukrainische Vertreter aus. Kiew hat immer wieder Bereitschaft zur Entsendung von Friedenssoldaten in die georgisch-abchasische Konfliktzone bekundet. Dort versehen bisher ausschließlich russische Soldaten Dienst. Die georgische Führung würde ein Engagement der GUUAM-Partnerin Ukraine begrüßen, doch hat Moskau dies aus Rücksicht auf das von ihm unterstützte Abchasien immer abgelehnt.

**81** Nach Natalija Mel'nik, *Novyj god na boevom postu* [Das neue Jahr auf Kampfposten], in: *Den'*, 27.12.2001, S. 2.

**82** Nach *Center for Peace, Conversion and Foreign Policy of Ukraine*, *Ukrainian Monitor: Foreign & Security Policy. Headlines & Comments*, 5.10.2001–11.11.2001, S. 7; *MIC*, Unian, (22.–28.10.2001) 43, S. 4; Viktor Hudym, *Dosvid Ukrajinny v myrotvorčij operaciji KFOR ta učasti v progami »partnerstvo zarady myru«* [Die Erfahrung der Ukraine in der Peacekeeping-Operation der KFOR und der Teilnahme am Programm »Partnerschaft für den Frieden«], in: *Mirotvorča dijajal'nist' Ukrajinny. Kooperacija z NATO ta inšymy struktury evropejs'koji bezpeky* [Die Peacekeeping-Aktivität der Ukraine. Kooperation mit der NATO und anderen Strukturen der europäischen Sicherheit], Kyjiv 2002, S. 85.

**83** Sie befinden sich unter russischer Leitung beziehungsweise Dominanz, besitzen keine Mandate von UNO oder OSZE und sind auch nicht den Regeln dieser Organisationen für Peacekeeping-Missionen unterworfen (z.B. Verbot der Heranziehung von Soldaten der zu trennenden Kombattanten für ein Kontingent von Friedenssoldaten).

**84** Hier wurde eine Umwandlung der zuletzt nur noch von Rußland gestellten »GUS-Friedenstruppen« in eine russische Militärbasis vereinbart.

## Die Ukraine und der 11. September 2001

Der Sekretär des Rates für nationale Sicherheit und Verteidigung der Ukraine, Jewhen Martschuk, meinte aus Anlaß der Terroranschläge islamistischer Fanatiker in New York und Washington am 11. September 2001, daß es in der Ukraine derzeit keine politischen Voraussetzungen für Terrorismus gebe; dennoch müsse man vorbeugende Maßnahmen treffen. So wurden wichtige staatliche Einrichtungen sowie Anlagen von Industrie, Energieversorgung (besonders Atomkraftwerke), Infrastruktur usw. verstärkt gesichert. Der SBU und das Ministerium für außerordentliche Situationen hielten Terrorabwehr-Übungen ab. Martschuk regte auch die Schaffung eines Antiterror-Zentrums an, das dem Rat für nationale Sicherheit und Verteidigung oder dem Präsidenten der Ukraine unterstellt sein sollte. Ein gleichnamiges Organ gibt es seit Ende 1998 im SBU.

Kutschma machte klar, daß sein Land den USA »ideologische, organisatorische und moralische Unterstützung« leisten, aber keinesfalls an Kampfhandlungen in Afghanistan teilnehmen werde.<sup>85</sup> Der Rat für nationale Sicherheit und Verteidigung traf am 24. September 2001 aufgrund einer Anfrage Washingtons die Entscheidung, den Luftraum der Ukraine für militärische Transportflugzeuge der USA zu öffnen. Kutschma unterzeichnete einen entsprechenden Erlaß. Die USA gaben die (für die Ukraine unüberprüfbare) Versicherung ab, daß in diesen Maschinen keine Massenvernichtungswaffen, Kampfflugzeuge und -helikopter, Panzer oder schwere Artillerie befördert werden, da solche Transporte von der Obersten Rada genehmigt werden müßten. In der Folge wurde die Ukraine pro Tag von mehreren US-Flugzeugen auf dem Weg ins Krisengebiet überflogen. Die KPU kritisierte die Überfluggenehmigungen scharf. Ihr Chef Petro Simonenko nannte die USA (und nicht etwa das Afghanistan der Taliban) »Terroristenstaat« und erklärte die Anschläge vom 11. September mit dem Zerfall der UdSSR sowie »aggressiven und unkontrollierten Funktionen der NATO mit den USA an der Spitze«.<sup>86</sup> Das Außenministerium der Ukraine sprach

in einer Erklärung am 8. Oktober dem gerade eingeleiteten militärischen Vorgehen der Vereinigten Staaten gegen die Taliban seine Unterstützung aus. Dagegen meinte die KPU, daß dieses »einen neuen Weltkrieg entfesseln« solle.<sup>87</sup>

Die Ukraine spielt im »Krieg gegen den Terror« keine aktive Rolle. Sie gilt weder als potentielles erst-rangiges Ziel für Angriffe islamistischer Terroristen noch als wichtiges Hinterland für diese, auch wenn der SBU Ende April 2002 einen syrischen Staatsbürger verhaftete, der an der Finanzierung internationaler Terrororganisationen beteiligt gewesen sein soll. Es ist jedoch davon auszugehen, daß bei der Erarbeitung einer neuen Militärdoktrin, die das längst überholte Dokument von 1993 ersetzen soll, den Terrorismus betreffende Fragen verstärkt Berücksichtigung finden werden.

<sup>85</sup> Zitiert nach Interfax Ukraine, (26.9.2001) 3, S. 1.

<sup>86</sup> Zitiert nach Kommunisty vspomnili o nejtalitate [Die Kommunisten haben sich an die Neutralität erinnert],

in: Den', 3.10.2001, S. 1; www.strana.ru, 14.9.2001: K bespredentnym teraktam privedo naraščivanie aggressivnych funkcij NATO vo glave s SŠA [Das Zunehmen aggressiver Funktionen der NATO mit den USA an der Spitze hat zu den beispiellosen Terroranschlägen geführt].

<sup>87</sup> Zitiert nach RFE/RL Newline – East-Central Europe, 9.10.2001 (online).

## Fazit und Ausblick

Die frühere UdSSR kennt zahlreiche Krisengebiete und war beziehungsweise ist Austragungsort von Konflikten, die Zehntausende Tote gefordert haben. An der Spitze dieser blutigen Statistik stehen die zu Rußland gehörende nordkaukasische Republik Tschetschenien (Kriege 1994–96 und seit 1999) und das mittelasiatische Tadschikistan (Krieg 1992–97). In Moldowa, Georgien und Aserbajdschan konnten Separatisten (auch und gerade dank russischer Unterstützung) zu Beginn der 90er Jahre mit Waffengewalt de facto von »ihren« Zentralregierungen abfallen. Begleiterscheinungen waren »ethnische Säuberungen«, Flüchtlingsströme und gewaltige wirtschaftliche Schäden. In Rußland selbst kulminierte ein Verfassungskonflikt zwischen Präsident und Parlament 1993 in einem zweitägigen Bürgerkrieg auf den Straßen Moskaus.

Von derartigen Exzessen war und ist die Ukraine trotz aller Probleme weit entfernt. Sie erwies sich sogar – ungeachtet der wirtschaftlichen Talfahrt der 90er Jahre – als eine der relativ stabilsten ehemaligen Sowjetrepubliken. Trotz aller Krisenerscheinungen wurden der Ukraine immer wieder vorhergesagte Katastrophenszenarien – Zerfall, Bürgerkrieg zwischen den westlichen und östlichen Landesteilen, Hungersnot, Krieg mit Rußland<sup>88</sup> usw. – bisher nicht ansatzweise Wirklichkeit, auch wenn es dafür beim Eintritt der Unabhängigkeit durchaus ein Potential zu geben schien.<sup>89</sup> Auch eine Spaltung der Obersten Rada

**88** Die DIA, der Geheimdienst des US-Verteidigungsministeriums, hat bereits 1992 Szenarien für einen solchen Krieg entworfen und kalkulierte, daß 200 000 Soldaten umkommen würden. 10 Millionen Menschen müßten flüchten, und 40 Millionen (!) stürben an Epidemien, zu denen es aufgrund mangelnder medizinischer Versorgung und schlechter hygienischer Verhältnisse käme; nach Martin Malek, Die schwierige Geburt der ukrainischen Armee. Zwischen Atomstreit und Flottenkontroverse, in: Der Donauraum, 34 (1994) 1–2, S. 124f.

**89** Daraus läßt sich jedoch noch nicht der Schluß ziehen, daß die Ukraine endgültig »über dem Berg« ist. Die aktuellen Einschätzungen der Wahrscheinlichkeit ihres künftigen Zerfalls gehen selbst unter ukrainischen Experten und Beobachtern weit auseinander. Eine unmittelbare Gefahr dürfte nicht existieren, doch sollte man sich vergegenwärtigen: Auch Mitte 1991 hat kaum jemand vermutet, daß die Sowjetunion – trotz aller längst offenkundigen Krisensymptome – in einem halben Jahr zu bestehen aufgehört haben wird.

Anfang 2000 konnte nach kurzer Zeit überwunden werden.

Die ersten Jahre der Unabhängigkeit verliefen für die Streitkräfte der Ukraine teilweise chaotisch, doch inzwischen ist unübersehbar eine Stabilisierung eingetreten. So gibt es in Gestalt von etwa 400 Gesetzen, Verordnungen und Erlässen eine rechtliche Basis für sie. Vor allem aber konnte inzwischen die atomare Abrüstung der Ukraine, die von der UdSSR das drittgrößte (und nur von den USA und Rußland übertroffene) strategische Kernwaffenpotential der Welt übernommen hatte,<sup>90</sup> fast abgeschlossen werden. Auch im konventionellen Bereich kam es zu drastischen Einschnitten. Ende 1991 hatte die Ukraine unter anderem 780 000 Soldaten, 6500 Panzer, ca. 7000 Panzerfahrzeuge und ca. 1500 Kampfflugzeuge auf ihrem Territorium.<sup>91</sup> Am 1. Januar 2001 besaß die ukrainische Armee noch 310 000 Angehörige (plus über 40 000 in zentralen Stabsfunktionen), 3928 Panzer, 4670 Panzerfahrzeuge, 3726 Artilleriegeschütze, 240 Kampfhubschrauber und 874 Kampfflugzeuge.<sup>92</sup> 2010 sollen es 260 000 Personen mit 2000 Panzern und etwa 300 Kampfflugzeugen sein.<sup>93</sup>

Es ist nicht zu übersehen, daß Meinungsumfragen zu außen- und sicherheitspolitischen Themen regelmäßig eine größere Übereinstimmung der Mehrheit der ukrainischen Bevölkerung mit offiziellen Positionen Rußlands denn mit der eigenen Führung in Kiew dokumentieren. Allerdings sind die regionalen Präferenzen sehr unterschiedlich: Während in den westlichen Landesteilen der Ukraine überwiegend eine Annäherung an den Westen und euro-atlantische Strukturen verlangt wird, sind im Osten (wo die Mehrheit der Einwohner der Ukraine lebt) eine Annähe-

**90** Es handelte sich um die 43. Raketennormandie der Sowjetstreitkräfte in Gestalt von 176 ICBMs und mindestens 40 Langstreckenbomben der Typen Tu-95MS »Bear H« und Tu-160 »Blackjack« mit Marschflugkörpern, die atomar bestückt werden konnten.

**91** Angaben des Verteidigungsministeriums der Ukraine; vgl. Internet-Dokument: [www.mil.gov.ua/ukr/history.phtml](http://www.mil.gov.ua/ukr/history.phtml), abgerufen 21.1.2002.

**92** Nach The Military Balance 2001–2002 [Fn. 7], S. 305.

**93** Nach Oleg Odnokolenko/Vladimir Novikov, Garant nezaleznosti [Garant der Unabhängigkeit], in: Itogi, 4.6.2002, S. 19.

rung an Rußland (und Lukaschenkas Belarus), verstärkte Integration in der GUS, Distanz zur NATO usw. populär. Gleichzeitig stößt die Option einer EU-Mitgliedschaft im ganzen Land auf mehr oder weniger große Akzeptanz. Es wäre im Interesse der Ukraine, der EU wie auch der gesamteuropäischen Stabilität, Kiew so bald wie möglich eine Beitrittsperspektive zu bieten. An einen NATO-Anschluß sollte dagegen (wenn überhaupt) erst später gedacht werden. Bedeutender ist die Herstellung einer stabilen inneren Einheit und die Integration der verschiedenen Landesteile.

Rußland wird noch für lange Zeit der wichtigste Bezugspunkt der Kiewer Außen-, Sicherheits- und Militärpolitik bleiben. Die Ukraine ist aus Moskauer Sicht Schauplatz eines Tauziehens zwischen Rußland und einem (dort meist undifferenziert als einheitlicher und zumindest potentiell feindlicher Block wahrgenommenen) »Westen«. Dieser – so Moskau – will die Ukraine dem russischen Einfluß endgültig entziehen. In der Realität ist das westliche Interesse an der Ukraine und ihren Problemen und Anliegen nach wie vor gering. In der westlichen politischen Klasse (von der breiteren Öffentlichkeit ganz abgesehen) ist das Bewußtsein, daß die Unabhängigkeit der Ukraine einen der konstituierenden Faktoren der Stabilität nicht nur Osteuropas, sondern des ganzen Kontinents darstellt, selbst über ein Jahrzehnt nach dem Zerfall der UdSSR unterentwickelt. Wegen eines Einsatzes für die Ukraine wird kein west- und mitteleuropäischer Staat eine Verschlechterung der Beziehungen zu Rußland riskieren. Die Heranführung der Ukraine an EU und NATO sollte jedoch nicht auf dem Altar guter Beziehungen Brüssels zu Rußland (so wichtig diese auch sind) geopfert werden. Wenn es Rußland mit der Annäherung an EU und NATO wirklich ernst ist, kann es gegen einen ähnlichen Kurs der Ukraine nichts einzuwenden haben.

Die Wahlen zur Obersten Rada am 31. März 2002 haben mit dem Erfolg des Blocks Unsere Ukraine die pro-europäischen Kräfte zweifellos gestärkt. Ein positives Zeichen ist auch die Einrichtung eines Ausschusses für Europäische Integration mit Tarasjuk (Unsere Ukraine) als Vorsitzendem. Der Einfluß der Kräfteverteilung in der Obersten Rada auf die Außen- und Sicherheitspolitik ist jedoch gering, da dieser Bereich von Präsident Kutschma und seiner Administration sowie der Regierung dominiert wird. Kutschma sendet nun widersprüchliche Signale aus: Im Mai 2002 stellte er einen Vollbeitritt der Ukraine zur Eurasischen Wirtschaftsgemeinschaft in Aussicht, um nur wenige Tage später eine NATO-Initiative folgen zu lassen. Das könn-

te darauf hindeuten, daß das offizielle Kiew – wie auch bisher schon – zwischen dem »Osten« (Rußland/GUS) und dem »Westen« (USA/NATO) lavieren und in Abhängigkeit von der konkreten Situation die eine oder andere Richtung betonen möchte.

## Abkürzungen

BI Ost	Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien
BIP	Bruttoinlandsprojekt
CIS	Commonwealth of Independent States
DIA	Defence Intelligence Agency
EAPC	Euro-Atlantic Partnership Council
GASP	Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik
GUS	Gemeinschaft Unabhängiger Staaten
GUUAM	Georgien, Ukraine, Usbekistan, Aserbaidschan, Moldowa
ICBM	Intercontinental Ballistic Missile
KFOR	Kosovo Force
KP dSU	Kommunistische Partei der Sowjetunion
KPRF	Kommunistische Partei der Rußländischen Föderation
KPU	Komunistyčna Partija Ukrajiny (Kommunistische Partei der Ukraine)
KSZE	Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
NACC	North Atlantic Cooperation Council
OSZE	Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
PfF	Partnerschaft für den Frieden
RSFSR	Rossijskaja Sovetskaja Federativnaja Socialističeskaja Respublika (Rußländische Sowjetische Föderative Sozialistische Republik)
SBU	Služba bezpeki Ukrajiny (Sicherheitsdienst der Ukraine)
SFOR	Stabilization Force
SIPRI	Stockholm International Peace Research Institute
USSR	Ukrainskaja Sovetskaja Socialističeskaja Respublika (Ukrainische Sowjetische Sozialistische Republik)
VKSE	Vertrag über konventionelle Streitkräfte in Europa
WEU	Western European Union